

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
A. Abholung d. neuen Ausgabenstellen; B. Zustellung ins Haus d. neuen Ausdrucks t. d. Stadt u. auf dem Wege über den Postboten; C. durch d. Post 1,20 Mk. außer 42 Pf. Postgebühren; D. durch d. Postboten mit Vorzugsbefreiung. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal von an s. Wochentagen nachmittags. — Nachdruck unserer Originalmitteilungen nur m. schriftlicher Genehmigung gestattet. — Für Rückgabe unvollständiger Exemplare keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
s. seits. Illustr., Unterhaltungsblatt m. neuest. Romanen und Novellen.
4. seits. landwirtsch. u. handelsb. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeile über dem Stamm f. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., auswärtige 15 Pf., kleinste Anzeigen 25 Pf., Restbetrag 30 Pf. Bei komplizierterem Satz entsprechende Aufschlag. Gebühr für Anzeigen und Belegblätter für Auslieferungen und Expeditionsabnahme besondere Vereinbarung, nach Anweisung mit Vorzugsbefreiung. — Gestaltungsart Merseburg. — Sonntagszeitung für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleines Anzeigen bis höchstens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 94.

Freitag den 23. April 1909.

35. Jahrg.

Reichskanzler Fürst von Bülow über die Reichsfinanzreform.

In der Angelegenheit der Reichsfinanzreform empfing der Reichskanzler Fürst von Bülow am Dienstagabend 6 Uhr im Kongresssaal des Reichstagspalais Deputationen aus Bayern, Sachsen, Baden, Württemberg und Thüringen, sowie des Bundes der Industriellen. An dem Empfange nahmen die Staatssekretäre von Bethmann Hollweg und Sydow, sowie die Bevollmächtigten zum Bundesrat der durch Deputationen vertretenen Staaten teil. Die Sprecher der Deputationen und ihre Mitglieder wurden durch den Unterstaatssekretär v. Koebell dem Reichskanzler einzeln vorgestellt. Hierauf hielt der Vertreter von Bayern, Unterstaatssekretär v. Mayr, die erste Ansprache. Ihm folgte der Vertreter von Sachsen, Prof. Wuttke, dann Graf Linden für Württemberg, Geheimrat Engler für Baden, Professor Anshütz für Thüringen und Geheimrat Wirth für den Bund der Industriellen.

Der Sprecher der Bayerischen Deputation, Unterstaatssekretär v. Mayr, wies darauf hin, daß die Unterzeichner des Aufrufs, den er dem Reichskanzler überreichte, durch die Not des Augenblicks in patriotischem Empfinden und Pflichtgefühl zusammengeführt worden seien. Die Anerkennung der Staatsnotwendigkeiten für das Reich erheische gebieterisch die Ordnung der Finanzen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit. Der einzig gangbare Weg sei die angestrebte Erweichung der Verbrauchsbesteuerung, insbesondere der arbeitslosen Getränke und des Zafabats, und gleichzeitig eine besondere ausgiebige Vesteuerung der Besitzenden mittels der Erbschaftsbesteuerung. Der Redner gab dem Vertrauen Ausdruck, daß die gesetzgebenden Körperschaften sich baldigst auf diesem Boden einigen möchten zum Heile des deutschen Reiches und des deutschen Volks.

Professor Wuttke, der Sprecher der sächsischen Deputation, führte in seiner Ansprache aus: „Das sächsische Volk ist bereit, schwere Opfer für das Reich zu bringen. Die sächsische nationale Arbeiterschaft will die neuen indirekten Steuern tragen, die besitzenden Stände Sachnisse, welcher Partei sie auch angehören, treten fast ohne Ausnahme für die Erbschaftsbesteuerung ein. Zum Reichskanzler hegen wir das Vertrauen, daß die Finanzpolitik selbständig Zeit der Bundesstaaten genahrt bleiben wird, ferner daß die Reichsregierung nicht eher nachgeben wird, als bis ihr die notwendigen Mittel bewilligt worden sind.“

Als Sprecher für den Bund der Industriellen führte Geh. Kommerzienrat Wirth aus: „Obgleich Handel und Industrie zurecht sehr schwer zu kämpfen haben, sind wir doch dazu bereit, das Unere dazu beizutragen, daß die Reichsfinanzreform zu Stande kommt. Wir legen aber voran, daß die neuen Lasten nicht hauptsächlich dem Handel und der Industrie aufgebürdet werden, sondern daß alle Staatsbürger und Bevölkerung ohne Ausnahme, also auch die Landwirtschaft, gleichmäßig herangezogen werden. Verbrauchssteuern und die Erbschaftsteuer scheinen uns die einzig richtige Möglichkeit zu bieten, dem Reiche die erforderlichen Mittel zu einer dauernden Gesundung der Finanzen zu verschaffen.“ Hierauf sprach als letzter Redner Kommerzienrat Hechner-Stuttgart für die württembergischen Industriellen.

Hierauf ergriff der Reichskanzler Fürst v. Bülow das Wort zu folgender Entgegnung: „Meine Herren, Sie sind hier nicht erschienen als Sprecher verschiedener Parteien, sondern wollen Ihre Rundgebung angesehen wissen als eine Mahnung an die Parteien, sich mit dem Gedanken der nationalen Notwendigkeit der Reichsfinanzreform noch mehr als bisher zu erfüllen und sich von der Einsicht in diese harte Notwendigkeit hinwegzutragen zu lassen über Zögerungen, Bedenken und Differenzen. Ich sehe aber auch in dieser Rundgebung wie in den zahllosen Rundgebungen der letzten Wochen eine Reaktion des Volkswillens gegen die Verträge, den Interessen des Reiches und der Volksgemeinschaft das Interesse gewisser Gemeindeglieder — ich denke vor allem an die Zafabatteur — entgegenzusetzen. Es bereitet mir eine wahre Genugtuung, wie sich das öffentliche Ge-

wissen dem Einreisen solcher Instruktionen entgegenkempt, und ich fühle mich dadurch in meinem Vertrauen in der guten Geist des deutschen Volkes, der auch in dieser die Zukunft unseres Volkes so tief angehenden Frage nicht vergeblich angerufen werden wird, noch bestärkt.“

Mit Recht bringen Sie, m. H., auf eine rasche und gründliche Erledigung der Reichsfinanzreform. Es ist der einmütige Wille der verbündeten Regierungen, die Lösung der Frage nach in dieser Session des Reichstags herbeizuführen. Der Reichstag wird nicht auseinandergehen, bevor er genügend zur Finanzreform Stellung genommen hat.

Wie soll sich die Reform im einzelnen gestalten? Nachdem sich leider ergeben hat, daß sich die Besteuerung von Gas, Elektrizität und Inzertaten keine Rechte zu erlangen ist, so werden die verbündeten Regierungen viele Vorfälle fallen lassen müssen. Ich bin heute noch nicht in der Lage, über die Ersatzvorlagen bestimmte Mitteilungen zu machen; ich habe aber dahin gerichtet, daß sich die verbündeten Regierungen in den allerersten Tagen über ihre Stellung schlüssig werden. An den leitenden Gedanken und den Hauptthesen des großen Wertes halten die Regierungen fest. Gemäß war es ein Fehler, den Vorschlag der Regierungen betr. den Zuschlag des Reiches viele Vorfälle fallen lassen von vornherein abzulehnen; man hätte durch das Staatsmonopol 100 Millionen an Einnahmen aufbringen und allen Interessen gerecht werden können. Was den Ausbau der Erbschaftsteuer betrifft, so gebe ich die Hoffnung noch nicht auf, daß auch die Landwirtschaft sich mit der Ausdehnung der Erbschaftsteuer abfinden wird. Auf der Nachschaffsteuer werden die verbündeten Regierungen nicht bestehen. Da aber der Besitz nach fast allgemein über einstimmig in Höhe des aus der Nachschaffsteuer veranschlagten Ertrages von den neuen Steuern befreit sein muß und eine andere Vesteuer bessere Aussicht zur Annahme zurecht nicht hat, so müssen wir an die Ausdehnung der Abgaben auf die nächsten Verwandten in der Form einer Erbschaftsteuer festhalten.

Auch der Landwirtschaft nahegelegene Vorfälle geben ja zu, daß die vorgeschlagenen Sätze erhoben werden können. Werden doch zwei Drittel bis drei Viertel der deutschen Landwirtschaft von der Steuer überhaupt nicht betroffen. Nach reichlicher Erwägung kann ich von der Aufassung nicht abgehen, daß die erweiterte Erbschaftsteuer ein Opfer an konservativen Grundbesitz nicht involviert. Ich begrüße es, daß große Teile der konservativen Partei zu derselben mehr bringen muß, darüber ist man allgemein einig. Und was den Zafabat betrifft, so wird man dabei bleiben müssen, den wohlhabenden Bäueren höher zu belasten als den unbemittelten und der Staatskasse einen Ertrag von 75–80 Millionen mit Sicherheit zuzuführen. Bezüglich reinlicher Scheidung zwischen Reichs- und Bundesstaatsfinanzen stimme ich mit Ihnen durchaus überein. Die Entwälzung geht in der Richtung einer Scheidung der Einnahmestellen des Reiches von denen der Einzelstaaten, nicht in wechselseitigem Über- und Jeneinandergreifen. Das sogenannte Vesteuerkompromiß ist von Anfang an nichts als eine Notbrücke gewesen. Die verbündeten Regierungen werden die Einzelstaaten nur bis zur Grenze von 50 Millionen, d. h. mit 25 Millionen mehr als bisher, in der Gehalt der Materialabträge an dem Gesamtbedarf beteiligen.

Ich erwarte also, eine Scheidung zuzunehmen, von der Reichtum folgender: Sie soll aufsteigen 500 Millionen. Sie soll diese Summe, abgesehen von 25 Millionen neuer Materialabträge, aufbringen in der Form reichsweiser Einnahmen, und zwar, wie die Zafabatteur in verbesserter Form bestehen bleibt, mit 350 bis 360 Millionen von Konium und mit 90 bis 100 Millionen vom Besitz. Bei den Koniumsteuern sollen Branntwein, Bier und Zafabatt 250 Millionen bringen und weitere 70 bis 80 Millionen durch die sogen. Erfolgssteuern, über die sich der Bundesrat dieser Tage schlüssig machen wird, aufgebracht werden. Die Nachschaffsteuer wird in eine Erbschaftsteuer umgewandelt. Durchzuführen ist das Wert noch in dieser Tagung.

M. H., daß heute die Reichsfinanzreform als nationale Aufgabe nicht nur allgemein anerkannt, sondern daß sie populär geworden ist, dafür sind die lebendigen Zeichen jeder Tag der Verzeigerung bedeutet eine Vernehmung unserer Schulden, einen Verlust an Einnahmen, eine Erhöhung der Schwierigkeiten, eine Einbuße an Reputation. Die Arbeit wird den Mitgliedern des Reichstags erleichtert werden, wenn ihnen aus den verschiedenen Kreisen der Bevölkerung die Versicherung entgegenkommt, daß sie bei jeder Möglichkeit auf die Bereitwilligkeit der Regierungen rechnen können. Indem Sie, m. H., dies hier und in dieser Stunde mit Würde und Bestimmtheit zum Ausdruck bringen, haben Sie sich für das große Werk und um das große Vaterland ein Verdienst erworben und sind seines Dankes sicher.“

Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden von allen Anwesenden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen und vielfach durch Beifall unterbrochen. Der Hinweis darauf, daß die Finanzreform noch in dieser Tagung erledigt werden müsse, wurde mit besonderer Gemutigung begrüßt. Ebenso fanden die Ausführungen des Fürsten über die Erbschafts-

steuer volle Zustimmung. Zum Schluß ertönten laute Bravorufe. Der Reichskanzler unterhielt sich dann mit den Abgeordneten, die er sich nochmals einzeln vorstellte. In dem an dem Kongresssaal aufstehenden Bismarckzimmer wurden Erfrischungen gereicht.

Die „P.C.“ bemerkt zu den Äußerungen des Reichskanzlers: Der Zweck der Rede ist, das deutsche Volk aufzurufen gegen den deutschen Reichstag. Diejenige gegenüber stellt sich Fürst Bülow als den wahren, erleuchteten Patrioten und Vertreter des Volkswillens hin. Aber muß das deutsche Volk nicht fragen, wie Deutschland in die schlechte Finanzlage hineingelassen ist, warum, nachdem vor wenigen Jahren erst über 100 Millionen neue Steuern bewilligt waren, nun noch 500 nötig sind? Die Antwort lautet: Weil Fürst Bülow eine Wirtschaftspolitik und eine Finanzwirtschaft betrieben hat, die zu solchem Resultate führen mußte. Er hat die ungeheure Erhöhung der Schuhschöle durchgeführt, die die Nation schwer bedrückt, zu einer außerordentlichen Verteuerung der Lebenshaltung geführt, große Erhöhung aller Gehälter, Verminderung der Einnahmen der Staatsbetriebe, Erhöhung aller Staatsausgaben bewirkt und mindestens ebensoviel an Steuern, wie in die Reichskasse, in die Taschen von Großlandwirten und Großindustriellen geleitet und dadurch die Steuerkraft für das Reich tief herabgedrückt hat.

Und darf das deutsche Volk nicht weiter fragen, welche Sicherheit es hat, daß die ihm zugemuteten Opfer genügen, daß nicht in wenigen Jahren von neuem „reformiert“ werden muß? Die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die das Elend herbeigeführt hat, bleibt ja bestehen. Gedenkt diejenige Volkvertreter nicht recht, die bei solcher Sachlage die ihnen gemachten Vorlagen gründlich prüfen, die sich nicht geneigt zeigen, während der großen Menge die schweren Lasten auferlegt werden, die Besitzenden freizulassen und ihnen längst unrettbarlich gewordenen Vortrecht zu erhalten?

Will Fürst Bülow die Finanzreform fördern, so möge er dafür sorgen, daß seine alten Freunde nicht ihre Sonderinteressen bei Erbschafts- und Branntweinbesteuerung für ihre Haltung entscheidend sein lassen. Und wenn Fürst Bülow das Branntweinmonopol empfiehlt, weil es die Lebensgaben befreit, so übersieht er, daß es nur eine andere Form für die Ausbreiterhaltung der Bremererprivilegien wählt. Die Zurückweisung agrarischer Begünstigungen auch seitens der Regierung ist die notwendige Voraussetzung für das Zustandekommen einer Finanzreform. Das ist die Forderung, die das deutsche Volk an den Reichskanzler zu stellen hat.

Rundgebungen zur Reichsfinanzreform.

In Greifswald nahm die von liberaler Seite einberufene „nationale Rundgebung“ zugunsten der Nachschaffsteuer, deren Ankündigung bekanntlich die amtliche „Greifswalder Zeitung“ aus prinzipiellen Gründen“ abgelehnt hatte, einen außerordentlich wichtigen Verlauf. Gutsbehirer Dr. Wendorf-Teitz und Pastor Hahn-Greifswald sprachen unter stürmlichem Beifall der großen Versammlung. Insbesondere appellierten sie an die Opferwilligkeit und das „noblesse oblige“ der Großgrundbesitzer. Ein freirepublikaner bekannte sich in der Diskussion als Anhänger der Nachschaffsteuer. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Seit in Greifswald zahlreich veranmalt Männer und Frauen verschiedener politischer Parteien erachten es für eine sittliche und nationale Pflicht des Besitzes, in angemessener Weise bei der Neuverteilung der Reichsfinanzen zu den Reichslasten beizutragen. Sie erwarten von der Mehrheit des Reichstages, daß sie ohne Rücksicht auf die egoistische Interessenpolitik des Bundes der Landwirte den Besitz zur Erfüllung dieser Pflicht auf dem Wege direkter Reichssteuern (Nachschaffsteuer u. f. i.) anhalten wird.“

Der auf dem Boden des Wahlvereins der Liberalen (freisinnige Vereinigung) stehende liberale Verein zu Stuttgart beschloß sich dieser Tage mit der Frage der Finanzreform. Sehr energisch wurde u. a. ein etwaiges Eingehen der Erbschaftsteuer Erhöhung gegen die Brantweinlichsatzgabe bekämpft. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen, die der Fraktion der freisinnigen Vereinigung und der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft übermittelt wurde: „Der liberale Verein Stuttgart verlangt von der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft des Reichstags, daß sie ihre Zustimmung zu den Verbrauchssteuern abhängig macht: 1. von der Annahme einer Nachlass- oder Erbschaftsteuer in Höhe von mind.stens 100 Millionen Mark, 2. von einer sofort beginnenden allmählichen Abschaffung der Brantweinlichsatzgabe und 3. von der gleichzeitigen Erlangung längst gewünschter Vorteile für den Reichstag gegenüber Regierung und Bundesrat.“ In der Versammlung wurden diese drei Punkte ausdrücklich als Mindestforderungen bezeichnet, mit der Begründung, daß im Grunde genommen der entschiedene Liberalismus gegen die indirekten Steuern sei müsse und er daher hier große Opfer bringe, wenn er überhaupt zustimme.

Die Wirren in der Türkei.

Die Jungtürken ruhen ihren Sieg mit kluger Mäßigung aus, sie lassen sogar den Sultan auf dem Thron bleiben, obwohl der Verdacht besteht, daß Abdul Hamid und seine Palastklique bei der Revolution die Hand im Spiel gehabt haben.

Von Dienstag wird noch gemeldet: Der türkische Ministerat nahm die von der bereits gemeldeten Proklamation aufgestellten Forderungen der mazedonischen Truppen an und der Kriegsmilitär teilte dies telegraphisch dem Hauptquartier in San Stefano mit. Wie verlautet, wird der Einmarsch in die Hauptstadt erst in einigen Tagen erfolgen, da die Truppen in besonderen Kasernen untergebracht werden sollen, um sie nicht mit der Konstantinopeler Garnison in Verbindung zu bringen.

Wie in Istanbul gerüchelt wurde, haben sich die vor dem Jbidig liegenden Kriegsschiffe, die noch bis zum Mittag auf Seite des Sultans waren, Dienstag nachmittag für die heranrückenden Truppen erklärt. Die Vorhut dieser Truppen soll die großen, vor den Mauern Stambuls liegenden Kavalleriekasernen besetzen und die dortigen Truppen sollen sich den Jungtürken angeschlossen haben.

Die in Smyrna liegende türkische Geschwaderdivision hat sich für das jungtürkische Komitee erklärt. — Die Basis von Saloniki, Abidin und Monastir haben telegraphisch ihren Willen bekundet, das Ministerium nicht anzuertennen. — In allen europäischen Wäldern hat das jungtürkische Komitee eine strenge Depeschen- und Postüberwachung einleiten lassen.

Vom Mittwoch wird gemeldet: Die Konzentration der mazedonischen Truppen um die Hauptstadt ist nahezu vollendet. Die Armee erhält fortgesetzt Zutritt von Mannschaften der Garnison, von Militärschülern und Freiwilligen. Da jedoch viele reaktionäre Elemente sich einschmuggeln versuchen, werden alle Ankommenden streng überwacht. Viele Truppen der Hauptstadt, unter ihnen drei Salonikier Schützenbataillone, zeigten brieflich oder durch Deputationen ihre Unterwerfung an. Die genannten Salonikier Bataillone erklären, von Abd Schas durch Geld verführt worden zu sein. Die Haltung der Marine ist noch unklar. Aus den letzten Anzeichen ist jedoch zu schließen, daß sie mit der mazedonischen Armee sympathisiert. Ein Widerstand der Garnison gegen die ankommende Armee ist nach der gegenwärtigen Lage kaum zu erwarten. Die Stimmung unter der Bevölkerung ist vielfachen Schwankungen ausgesetzt. — Bemerkenswert ist, daß die Proklamation der Salonikier Armee nicht nur vom Krieg- und Marineministerium aller Konstantinopeler Truppen, sondern auch von der Post alle Zivildepartements mitgeteilt worden ist. Der Einbruch auf die Garnison scheint im allgemeinen sehr günstig zu sein. Ein Widerstand ist nicht zu erwarten. — Bisher wurden bei der Vorhut der vordringenden Truppen etwa 200 verdächtige Personen, darunter einige erwiesene Emisäre, verhaftet. Die mazedonischen Truppen wurden in der Umgebung der Stadt gegen 12^{1/2} Uhr mittags sichtbar. Der Ministerat wird den Belagerungszustand über die Stadt verhängen.

Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Konstantinopel gemeldet wird, ist die Gesellschaft Fetihpaşa i Mohammed, welcher die Urheberchaft an den jüngsten Unruhen zugeschrieben wird, aufgelöst worden.

Der Sultan dankt nicht ab. Eine Wolffsche Depesche aus Konstantinopel meldet: Die Lage erscheint heute abend völlig verändert, so daß man die Abdankung des Sultans nicht mehr für wahrscheinlich hält. Zwischen dem Hauptquartier der mazedonischen Truppen und der Pforte fand ein lebhafter Depeschenwechsel statt. In allen Tele-

grammen der Truppen wird die Person des Sultans mit großer Schonung behandelt. Der Scheich i Selan erklärte Journalisten von der Abdankung des Sultans sei niemals die Rede gewesen und alle daraus bezüglichen Gerüchte seien völlig unbegründet. Ebenso äußerten sich der Minister des Äußeren und der Handelsminister.

Der englische, der französische und der russische Botschafter wurden am Dienstag vom Sultan in längerer Audienz empfangen.

Ein Privatkorrespondent des „Wolffschen Bureaus“ meldet am Mittwoch: Der gestern abend bereits gemeldete Umsturz in der Auflösung der maßgebenden türkischen Kräfte hat zur Verständigung zwischen der Regierung und der Leitung der mazedonischen Truppen geführt. Folgendes ist die Grundlage zu dieser Verständigung: Die Ablegung des Sultans wird fallen gelassen. Der größte Teil der Garnison wird entlassen und durch Salonikier Truppen ersetzt. In der Hauptstadt bleiben ferner 600 Salonikier Gendarmen, die den Sicherheitsdienst übernehmen. Die Salonikier Truppen, deren Vorhut sich bereits dicht vor der Stadt befindet, werden vorläufig nicht einmarschieren. Die Regierung wird einen entsprechenden Aufmarsch an die Bevölkerung erlassen. Alle Truppen werden einen neuen Eid leisten. Die Regierung übernimmt die Bürgschaft für die Unterwerfung der gesamten Garnison, mit Ausnahme eines kleinen Teils der Jbidibefestigung. Die Kriegesforter wird zu Verhandlungen den Hafen verlassen.

Der Sohn des Sultans, Prinz Mehmed Burhan eddin Effendi, den die öffentliche Meinung als bei den letzten Ereignissen kompromittiert betrachtet, hat an einige Blätter ein Schreiben gerichtet, worin er das Gerücht für falsch erklärt, daß er sich vorige Woche unter die vor dem Jbidig demonstrierenden Artilleristen gemischt habe und auch andere Gerüchte bestritt.

Unruhen auf Samos. Nach einer Meldung der Wiener „N. Fr.“ soll der Fürst von Samos, Kopsalis Effendi, ermordet worden sein. Die Pforte erklärte, daß sie über die Ermordung des Fürsten von Samos keine Nachricht erhalten habe. Dagegen melden die Konstantinopeler Abendblätter vom Dienstag die Ermordung des Kabinettschefs des Fürsten, Thalafines. Es scheint somit eine Verwechselung vorzuliegen.

Die Unruhen in Kleinasien. Der türkische Ministerat vom Dienstag beschloß sich mit der Lage in den Provinzen. In Adana ist alles ruhig, dagegen dauern die Unruhen in Taurus, Iskanderum und anderen Orten fort.

Eine ausländische Drahtmeldung, wonach bei dem Gemetzel in Adana vier Deutsche getötet sein sollen, bestritt sich nach der „Post“ nicht; richtig ist nur, daß in den Tagen der Unruhen ein Deutscher angegriffen und beunruhigt worden ist, ohne dabei körperlich verletzt zu werden.

In Wilajet Aleppo greifen die Unruhen weiter um sich: in Antakia und Bredschit kam es zu Ausschreitungen; Engländer und andere Fremde flüchteten in das englische Konsulat. Der englische Kreuzer „Diana“ hat in Alexandrette 50 Mann gelandet. Nach einer Meldung der „Agenzia Steiani“ herrscht in Aleppo wegen der Nichtanwesenheit von Truppen während der letzten Feuerstränge eine Panik. Die Niedermehrungen in den benachbarten Dörfern dauern fort. Es geht das Gerücht, daß auch in Damaskus die Lage ernst sei.

Schutzmaßnahmen der Mächte. Zwei amerikanische Kreuzer sind zum Schutze der amerikanischen Interessen nach dem Mittelmeer beordert worden. Der französische Marineminister, Ricard, empfing ein Telegramm aus dem Piräus, demzufolge der geschützte Kreuzer „Julius Michel“ im Piräus angekommen und der geschützte Kreuzer „Victor Hugo“ direkt nach Messina gegangen ist. Die englischen Schachtschiffe „Concorus“ und „Ocean“ sowie der Kreuzer „Minerva“ haben Befehl erhalten, Dienstag abend nach den türkischen Gewässern abzudampfen. Admiral Sir John Hope befindet sich an Bord der „Ocean“. Die Entsendung des deutschen Kreuzers „Hamburg“ nach Messina hat zum Zweck, die dort befindliche „Voreley“ für Konstantinopel frei zu machen. Die „Voreley“ befindet sich seit dem 5. März auf der alljährlichen jhrlichen Rundreise und lag beim Ausbruch der türkischen Wirren in Smyrna.

Die Zahl der in der letzten Woche ermordeten jungtürkischen Offiziere wird auf 262 angegeben; acht von ihnen wurden vor dem Jbidipalast umgebracht.

Einige vom Mittwoch datierte Depeschen der „Mgd. Itz.“ aus Paris und London melden noch: Der Sultan hatte sich tatsächlich an die Mächte gemeldet und sie um ihre Vermittlung zwischen ihm und den Jungtürken ersucht. Die Mächte lehnten

jedoch jede Vermittlung ab und trafen mit Vorsorge dafür, daß das Leben des Sultans unter allen Umständen gesichert wurde. Der Gesundheitszustand des Sultans soll übrigens infolge der jüngsten Aufregungen ebenfalls erschüttert sein. — England ließ den Jungtürken mitteilen, daß eine Ermordung des Sultans in ganz Europa den schlimmsten Eindruck machen und der jungtürkischen Sache großen Schaden bringen würde. Das jungtürkische Komitee gab darauf beruhigende Zusicherungen ab.

Nach einer Konstantinopeler Meldung aus Aleppo sind 400 Verbrecher aus der Zitadelle vor Pajoz entflohen. Sie überfielen Kuthan, mordeten und plünderten und zogen dann Antiochia zu, wo die Massaker und die Plünderung 24 Stunden andauerte. Ein englischer Kreuzer vor Alexandria eingetroffen und hat 50 Mann gelandet.

Konstantinopel, 21. April. Außer den Wilajets Saloniki, Uesküb, Monastir, Adrianopel und Janina erkennen auch die Wilajets in Kleinasien die Regierung nicht an und weisen ihre Befehle zurück. Der Korpskommandant von Saloniki hat sich an alle Korpsbereiche gemeldet und sie zum Anschluß aufgefordert. Bisher ist nur von seiten des vierten Korpskommandos Erzingian ein formeller Anschluß erfolgt. Die übrigen Korpskommandos scheinen zu schwanken. Von einzelnen Truppenkommandos der übrigen Korpsbereiche sollen bereits Zustimmung- oder Anschlußerklärungen vorliegen.

Konstantinopel, 21. April. Alle Ingenieure des Holzmännischen Baugeschäfts aus Frankfurt a. M., die beim Vagdadbahnbau in Bagdad östlich von Adana beschäftigt sind, sind mit ihren Familien gerettet. Auf dringendes Betreiben der Direktion der Vagdadbahn haben die Befürderten Truppen gesandt, die die Ingenieure vor der Niedermehrung durch Kurden retteten.

Saloniki, 21. April. In Komiteekreisen wird behauptet, daß alle Bedingungen des Komitees in Konstantinopel angenommen worden seien. Der „Danin“ soll von morgen ab hier erscheinen.

Konstantinopel, 21. April. Die Haltung der Besatzung einiger Kriegsschiffe ist noch nicht ganz aufgeklärt. Vorgehoren soll die Besatzung des Panzerschiffes „Messudije“ vor dem Jbidig demonstriert und verprochen haben, sich für den Sultan zu opfern; sie wollte angeblich mit anderen nach San Stefano ziehen. Sabah zufolge soll der Kommandant des Panzers „Messudije“ zur vordringenden Armee berufen worden sein. Nach heutigen Meldungen scheint der Anschluß des größten Teiles der Marine an die vordringende Armee gesichert.

Konstantinopel, 22. April. Ahmed Rifa und Enver-Bey sind in San Stefano, wohin sich heute abend auch ein Delegierter der Flotte begab, um das Ententeprotokoll zu unterzeichnen.

Saloniki, 22. April. Mahmut Schefket-Pascha ist gestern plötzlich abgereist. Derselbe, bekanntlich Kommandant des dritten Armeekorps, erklärte einem hiesigen Redakteur gegenüber, daß die Ruhe in Konstantinopel erst nach Vereitigung der Schweligen hergestellt werden wird. In Noifalle übernimmt er selbst das Kommando der Truppen. Der Einmarsch in Konstantinopel beginnt erst nach Konzentrierung eines Aufgebotes von 50 000 Mann. Bezüglich der Unterhandlungen verlautet, daß der Jbidig dem jungtürkischen Komitee die Bildung eines gemäßigten Kabinetts mit Hilmi und Kurfeherhaltung der Annexion vorschlug. Diese Proposition wurde seitens der Jungtürken zurückgewiesen, da das Komitee auf der Metablierung des Ministeriums Hilmi, ferner auf der Aufhebung der Annexion, voller Aktionsfreiheit und Verhütung aller Schuldigen besteht.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. In Prag wurden am Mittwoch vormittag sämtliche Jagdgruppen der nationalsozialistischen Genossen in der Stadt und den Vororten wegen antinationalistischer Propaganda aufgelöst und in den Wohnungen der Parteifunktionäre Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen vorgenommen. Außerdem wurde aus dem gleichen Grunde der Jugendbund nationalsozialistischer Frauen aufgelöst.

Frankreich. Die französischen Postbeamten verlangen eine Walfeser. Dem „Welt Journal“ zufolge hat die allgemeine Versammlung der Post- und telegraphischen Anstalten beschlossen, eine Verordnung zum Minister der öffentlichen Arbeiten zu erlassen, um ihn zu ersuchen, daß der 1. Mai von diesem Jahre ab als Feiertag behandelt werde. Es sei jedoch zweifelhaft, ob die Postangelegenheiten im Falle einer Weigerung am 1. Mai freitext.

England. Die Flottenagitation kommt in England nicht zur Ruhe. Am Dienstag wurde auf einer Versammlung in Bournemouth zwischen einem aus dem Kommandanten der Kanalflotte, Lord Charles Beresford, verlesen, in dem er die Versammlung zu ihrem Verstand, das Volk über die aus der mangelnden Kriegsbereitschaft Englands drohende Gefahr aufzuklären, beglückwünschte und sagt, es würde eine Panik entstehen, wenn das Land die ganze Wahrheit kennen würde.

Niederlande. Das von Holland und Belgien unterzeichnete Protokoll über die Verteilung der Strecken zwischen den beiden Ländern ist Dienstag abend veröffentlicht worden.

Bulgarien. In Sofia ist die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Türkei und Bulgarien, sowie die Ausrufung der Unabhängigkeit Bulgariens mit Befreiung aufgenommen worden. Allgemein glaubt man, daß nach Klärung der Lage in der Türkei die beiden Nachbarregierungen alle schwebenden Streitfragen, die aufrichtige Beziehungen hindern könnten, ohne Bezug nehmen werden, um auf diese Weise ein freundschaftliches Verhältnis zu schaffen, das geeignet wäre, die Entwicklung der ökonomischen und kommerziellen Interessen zwischen beiden Ländern zu fördern. — Zu dem am Dienstag vollzogenen Ausrufung der Unabhängigkeit Bulgariens sandte der Kaiser von Rußland folgendes Telegramm an König Ferdinand: „Mit dem Gefühl tiefer Freude begrüße ich Eure Majestät und das bulgarische Volk aus Anlaß des nunmehr vollzogenen Abschlusses der mit mir und ganz Rußland am Herzen liegenden Frage der Unabhängigkeit Bulgariens. Gott segne Sie, Ihr Haus und Ihr Volk zu einer glücklichen und freundschaftlichen Zukunft.“

Serbien. Der serbische Kronprinz Alexander soll, wie der König auf Antrag einer besonderen Kommission beschloß, bis zum Herbst d. J. in Belgrad bleiben und von September ab die Universität in Bonn besuchen. **Marokko.** Aus Marokko liegt eine Meldung der „Agence Havas“ aus Fez vom 18. d. M. vor, wonach die Beni Muter der Scherifischen Abdalila eine schwere Niederlage beigebracht und Gefangene, Gewehre, Pferde und Viehe erbeutet hätten. Eine neue Abdalila ist gegen die Beni Muter unterwegs.

Perth. Aus Perth wird gemeldet, daß infolge englischer russischer Vorstellungen der Schaß einer sechs-tägigen Waffentilgung vor Laßris angeordnet hat. Damit ist die Verproviantierung der Stadt ermöglicht und die drohende Gefahr beseitigt, daß die ausgehungerte Bevölkerung sich an den Fremden vergeht. Für diesen Fall hielt der russische Statthalter des Kantons bereits Truppen zum Einmarsch in Perth bereit. — Ob mit dem vorläufigen Waffenstillstand viel erreicht werden wird, steht bei der entscheidenden Lage in und um Tientsin noch sehr dahin. Nachrichten vom Dienstag abend lauten: Seit Tagesanbruch wüthet zwischen den Nationalisten und Sattar Khan und den Truppen des Schaß in dem Vorort Sangan ein heftiger Kampf, bei dem die Nationalisten gegen 40 Tote und 10 Verwundete hatten, während die Besatzer der Schanztruppen noch unbekannt sind. Die Russen haben sich aus Furcht vor Unruhen mit ihrem Eigentum in das russische Konsulat geflüchtet. Der englische und russische Konsul teilten dem Einfluß am Nachmittag persönlich die Nachricht von der Demission des letztgenannten Waffenstillstandes teilens des Schaß mit. Der Waffenstillstand, der am Montag mittag abblühte, erwartete hier keine großen Hoffnungen, da bei dem Fehlen von Transportmitteln und der Schwierigkeit der Befehlserfüllung die Veranlassung von Proband auf große Schwierigkeiten stößt.

Deutschland.

Berlin, 22. April. Das Kaiserpaar machte Dienstag nachmittag einen Spaziergang nach Venize und besuchte die Wittwoburg vorzeitig die alte Wasserleitung. Gestern nachmittag nahm das Kaiserpaar mit feinen Gästen, entgegen den ersten Dispositionen, den See an Bord der „Hohenzollern“. Zur Abendtafel im Achilleion waren geladen der König, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Griechenland sowie der Ministerpräsident Theodor. Bei Tafel konzertierte die Kapelle der „Hohenzollern“. — Der

deutsche Kronprinz unternahm gestern von Budaest aus programmäßig die Reise in das rumänische Industriegebiet. — (Der König von Rumänien) ist von Kaiser Wilhelm aus Anlaß seines 70. Geburtstages zum Königlich Preussischen Generalfeldmarschall ernannt worden. Der Kronprinz hat dem König von dieser Ehrenurkunde Kenntnis gegeben und ihm zugleich im Namen seines Vaters einen Marschallstab überreicht.

(Kulturminister Dr. Holle) beabsichtigt noch den ganzen Sommer über im Sanatorium Martinsbrunn bei Meran zu verweilen. Später ist ein längerer Aufenthalt in Südtirol geplant. Mit Angelegenheiten seines Ressorts befaßte sich Dr. Holle schon seit längerer Zeit nicht mehr.

(Ein Eisenbahntreibeisetz) ist dem württembergischen Landtage vorgelegt worden. Es werden im ganzen nur 52,9 Millionen Mark gefordert, die in der Hauptsache durch Anleihen aufgebracht werden sollen. Unter anderem werden gefordert: 8 145 000 M. für bereits im Bau begriffene Bahnen, 5 900 000 M. für neue Gleise, 18 000 000 M. für Bahnhofsgebäude in Stuttgart und Umgebung, 11 135 000 M. für Erneuerung und Verbesserung bestehender Bahnen, 620 000 M. für Erbauung von Wohngebäuden für Beamte, 7 350 000 M. für Vermehrung des Fuhrmaterials und 602 000 M. für Zwecke der Postverwaltung.

Gerichtsverhandlungen.

— Rügen, 20. April. Vom Schöffengericht wurden in letzter Sitzung verurteilt wegen Körperverletzung der Arbeiter Hermann G. H. in Rügen zu 14 Tagen und der Arbeiter Otto H. in Rügen zu 10 Tagen Gefängnis. — Eine Gefängnisstrafe von 20 Monaten erhielt der Arbeiter Hermann Dunkel in Altranstädt wegen Hausfriedensbruchs subdiit. — Der Arbeiter Johann M. in Klein-Göbbitz, welcher wegen Betrugs in drei Fällen angeklagt war, wurde in einem Falle für schuldig befunden und mit 14 Tagen Gefängnis bestraft. — Der Oberdiener Hermann B. in Hoff aus Seeboden wurde wegen Diebstahls aus einer Gefängnisstrafe von 5 Tagen verurteilt. — Wegen unbefugten Fangens von Vögeln wurden bestraft der Arbeiter Gustav H. in Leipzig mit 14 Tagen und der Bergobergeshilfe Willy F. in n. ebendaher mit 4 Wochen Haft.

Halle, 20. April. (Strafkammer.) Die 54-jährige Witwe Pauline Wetmar von hier empfangt im Januar d. J. von zwei 17-jährigen Zwillingen nach, die bei einem Kaufmann in Lauchstedt in Stellung waren, einer der beiden wurde aber sofortige Behandlung erlangte. Ihr Chef habe u. a. geküßert, Mädchen wie sie könne er in jedem Champagner auflesen; auch habe er sie „solche Mädchen“ genannt. Die Mutter führt erzählt in Begleitung einer verheirateten Tochter nach Lauchstedt, um die Mädchen auf der Stelle zurückzubolen. In der Wohnung des Kaufmanns kam es zu einer sehr hitzigen Scene. Die niederbollen Auforderungen des mit lebhaften Vorwürfen überhäufte Chef, sich zu entfernen, ließen die erregten Frauen längere Zeit unbeachtet. Die schlimme Folge für die bisher Unbefangenen war, daß sie

wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und Verübung zu gefährlichen Tuns angeklagt und vom Schöffengericht in Lauchstedt zu je einer Woche Gefängnis und je 10 Mark Geldstrafe verurteilt wurden. Ihre Berufung gegen dieses Urteil hatte nur formale Geltung, da die Strafkammer die Geldstrafe wegen des ruhrwürdigen Tuns aufhob. Ihr Vertreter wies u. a. darauf hin, daß durch die Strafrechtsreform auch die unsere modernen Rechtsempfinden besser entsprechende Änderung getroffen werden müßte, für gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch neben Gefängnisstrafe auch Geldstrafe zugelassen.

Halle, 20. April. (Strafkammer.) Der wegen Diebstahlsvergehens schon häufig vorbestrafte 31-jährige Lumpensammler Gustav K. in Merseburg erhielt am Abend des 18. Januar d. J. von einem Gerichtsvollzieher ein Schriftstück mit der Aufforderung zum Räumen der Wohnung zugestellt. Er geriet darüber in große Entrüstung und ließ seinen Ärger an dem Beamten durch allerlei unfeine Schimpfreden aus. Das Schöffengericht in Merseburg hatte ihn mit Rücksicht auf seine Vorstrafen zu der empfindlichen Strafe von zwei Monaten Gefängnis wegen Beamteneubildung verurteilt. Hiergegen hatte er Berufung eingelegt mit der eigentlichen Begründung, er habe den Gerichtsvollzieher allerdings, wie das bei solchem Anlaß wohl begründet sei, geschimpft, aber mit anderen Worten als der Beamte vor dem Schöffengericht angegeben habe. Die Strafkammer fand auch die Schimpfworte, die K. gesagt, „sch“ gerandigt haben will, noch bedauerlich genug und beließ es bei dem vom Schöffengericht verhängten Strafe. Er verließ darauf entsetzt den Gerichtshof mit den ziemlich laut gesprochenen Worten: „Das mach' mir nich, das mach' mir nich!“ Vermuthlich wollte er damit sagen, daß er die Strafe nicht anreten werde.

Vermischtes.

(Tod und Enttarnungen durch Genuß von Pferdefleisch.) In Hofenstein-Ernstthal ist eine größere Anzahl Personen nach dem Genuß von gehacktem Pferdefleisch und wurde, das beim Hofschlächter Herold hier gekauft wurde, schwer erkrankt. Die 13-jährige Tochter des Anwaltsmachers Dabber ist bereits gestorben. Einziges Heilmittel in Hofenstein wurde die Befreiung durch * (70 Schote durch einen Schnellzug getötet.) Bei Reumuth ist der Mänscher Schelzina in eine unbewachte Schafherde Hühnergefahren, 70 Schafe wurden getötet. Da man an der Lokomotive einen Hut fand, so wurde die Schafherde aufsehende Strede als bald, aber vergebens, nach dem Schäfer abgeholt. Es ist noch nicht aufgeklärt, wie die Schafherde an der übergangenen Stelle nachts auf den Bahndamm gekommen ist. (Wie Arbeiter schwer verlegt.) Von der Lausitzbahn zu Rechenitz bei Mag. führten vier Arbeiter aus einer Höhe von 30 Metern ab und wurden schwer verlegt; einer liegt im Sterben.

Reklameteil.

Wachsen die Tage, dann kommt der Frühling, das weis' jedes Kind. Aber auch das weis' man, daß man gerade dann sich am leichtesten erkränkt. Wer aber schon erkrankt oder doch sehr empfindlich ist, der soll unter allen Umständen Fröhs ächte Solbener Mineral-Bädern gebrauchten, die abentzuerlässig vorbenken, wie sie akute und chronische Katarrhe beseitigen. Fröhs ächte Solbener kosten 85 Pfg. die Schachtel und sind in allen Apotheken, Drogerien und Mineralwasserhandlungen zu haben.

Halbe Weißweinfaschen, halbe Champagnerfaschen
(auch ganze) zu kaufen gesucht. Offerten bitte unter C 18 in der Exped. d. Blattes abmachen.

Blauer Kuderwagen
zu verkaufen. **Kontrakte 2 II r.**

ff. Tafelbutter Stück 65 Pf.
Frische Landeler Mandel 95 Pf.
Schr schöne **Fett-Bücklinge 5 St. 30 Pf.**
Grosso fetto **Landkäse 5 Stück 20 Pf.**
n. Zuckerhonig Pfund 24 Pf.
Gem. Himbeermarmelade Pfd. 24 Pf.
Bestes süßes Pflaumenmus Pfd. 20 Pf.
Süsse satrige **Apfelsinen Stk. 4 u 5 Pf.**
Messina-Zitronen Stk 5 Pf.
Otto Gottschalk, Markt 19.

Modell-Sitzhalle.
Etelonhon 333. Merseburg. Entenplan 9.

Seefische billig.
Freitag feib eutreffend
Schellfisch, Cabellien, Seezachs, Rotzunge, Ankerfisch

Aus der Mähderei
empfehle
feinste Meier Sprouten, Müllinge, f. Bonde, f. Weichhals, f. Laßheringe, f. ger. Seelachs.

Serter sind eingetroffen:
Neue Malta-Kartoffeln, Matjesheringe
Zitronen, saure Gurken, Pfeffergurken, Saugurken.
F. Carl Siebert.

FORMAMINT

wissenschaftlich erprobtes, hervorragendes Desinfektionsmittel für Mund- und Rachenhöhle.

VERNICHTET DIE BAKTERIEN

In ihrer Entwicklung, zerstört damit die Ursache ansteckender Krankheiten wie Infuenza, Angina, Diphtherie, Masern, Scharlach u. a., und ist somit die beste Abwehr gegen Ansteckungsgefahr.

Formamint sollte deshalb in keinem Hause fehlen.

Erhältlich in den Apotheken und Drogerien in Original-Flaschen à M. 1.75.

Man achte genau auf den Namen „Formamint“ auf Etiketten und Tabletten und waise Nachahmungen zurück.

Broschüren kostenfrei durch die Firma Bauer & Cie., Berlin SW. 48.

Neue Berliner Zuschneide-Akademie

Den Frauen, Töchtern und Schneiderinnen der Stadt Merseburg und Umgegend bietet die Akademie Gelegenheit, das Zuschneiden auf leichteste Art und Weise zu erlernen nach unserer äusserst vereinfachten Methode (ohne Rechnen und Freihandzeichnen). Am **Dienstag den 27. d. M.** beginnt in Merseburg der

Zuschneide-Freikursus

geleitet von **Frau Ch. Oesterl, Nannenburg a. S.**, woselbst 104 SchülerInnen Unterricht nehmen. Unterrichtsbeginn täglich: 2-4, 5-7 Uhr nachm. und 8-10 Uhr abends im „Eisell“, Bahnhofstrasse. Anmeldungen nehme Montag den 26. d. M. von 2-8 Uhr nachm. ebendasselbst entgegen.

Kinderbettstelle
verkauft **Markt 15, 1 Tr.**

Rot- u. Weißweinfaschen
zu verkaufen.
Meyer, Hallestrasse 47 II.

Vierteljahr-Versammlung des Medizinal-Verbandes der Gewerk-Vereine (H.-D.)
Sonntag den 25. April, abends 8 1/2 Uhr,
in Wenzels Restaurant, Bohmannstr.
Der Vorstand.

Grosses Vermögen

erw. dort, der die Mezz eines sehr gangbaren Geschäftsbetriebs für den Anger-Merseburg kauft. Mezz an andere Kreise hier vergeb. Herren, die sich für diese Kreise interessieren, wollen Offerten unter **A B 98** postl. Ansdalt richten.

1 Eisenhobler u. 1 Fabriksattler
stellen sofort ein
B. Herrich & Co.

1 Arbeiter und 2 Frauen
für Gartenarbeit gesucht von
Trebst, Nordstraße.

Ein großer weiß- und gelbgefleckter Hund
anzulassen. Zu erfagen beim Gastwirt
Teige, Böden.

1 Stemmleiste
zu verkaufen. Abzugeben
II. Ritterstraße 2.

verkaufszeit von vorm. 9—12½,
nachm. von 2—8 Uhr.

Telegraphische Bekanntmachung.
Billig! Merseburg. Heute traf wieder neue Sendung ein.
 Verkauf findet bis Sonnabend statt. **Billig!**
 Im Restaurant „Zum Schützenhaus“ (Bekker Karl Stein)

Riesen-Massen-Verkäufe.

Nur ganz kurze Zeit. Direkt aus den größten Emailwerken Deutschlands fortwährend Zufuhren. Nur ganz kurze Zeit.

Mehrere Eisenbahn-Waggons **→** Emaille-Waren **←**

Zum Anschauen! sollen zu staunenerregend billigen Preisen verkauft werden. **Kein Kaufzwang!**

Alle Haus- und Küchengeräthe in selten großer Auswahl **spottbillig!**

Nur ganz kurze Zeit! **→** Jeder wird zum Besehen der Ware freundlichst eingeladen, wer diese Gelegenheit verläßt, ist sich selbst zum Schaden. **←** Nur ganz kurze Zeit!

→ Auch der weiteste Weg macht sich sehr gut bezahlt. **←**

Niemand versäume diese günstige Gelegenheit.

Carl Beyes aus Hannover-Linden.

Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein in Stuttgart.

Auf Gegenseitigkeit. — Gegründet 1875.
 Unter Garantie der Stuttgarter Witt- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft.
 Kapitalanlage über 50 Millionen Mark.

Hattpflicht-, Unfall- u. Lebens-Versicherung.

Prospekte, Versicherungsbedingungen, Antragsformulare, sowie jede weitere Auskunft bereitwilligst und kostenfrei durch
Thiele & Franke in Merseburg, gr. Ritterstraße 22.
 Gesamtversicherungsstand über 740000 Versicherungen. Monatlicher Zugang za. 6000 Mitglieder.
Vertreter aus allen Ständen überall gesucht.

Reichstrone.

Wer sich abends einige Stunden
 gut amüßigen will, der gehe zur
**Moosbacher
 Bauern-Kapelle.**
 6 Herren, 6 Jutruentalisten und
 Humoristen.
 Originell — Amüßant — Dezent.
 Jeden abend von 8 Uhr ab
Familien-Konzerte.
 Entree frei. Programm 10 Pf.

Mein
Mottenapparat
 ist und bleibt das sicherste Mittel gegen
 Motten, Holzwürmer u. dergl.
Ernst Bernhardt,
 Tapezierer u. Dekorateur.

**Knappe & Würks
 Eukalyptus-Bonbons.**
 Bestes Hüftmittel der Welt.
 Schutzmarke Zwillinge.
 Paket 30 Pf.

b. Bernh. Freitsch Hh. Paul Wäther Hh.
 Rich. Schurig, Jul. Crommer,
 Emil Weidling, E. Wolf,
 Walther Bergmann, Franz Herfurth,
 C. Geuber Hh.

Cynologischer Verein.
 Alle Freunde des Hundesports von
 Merseburg und Umgegend werden gebeten,
 am Sonntag den 26. April d. J., nach-
 mittags 2 Uhr, im Saal des Gasthofs
 „Zur grünen Linde“ hier zahlreich zu er-
 scheinen.
 Der Vorstand.

**Rauch-Club
 „Brasil“.**
 Sonntag den 25. April
**Ausflug
 nach Leuna.**
 Abfahrt von nachmittags 3 Uhr an
Tänzen
 verbunden mit
Preisschiessen.
 Gäste sind willkommen.
 Der Vorstand.

**Schieß-Club
 Merseburg**
 hält **Sonnabend** den 24. April, von
 abends 8 Uhr an, sein
Bergjagen
 im „Castro“ ab. Freunde und Gönner
 des Vereins sind herzlich willkommen.
 Der Vorstand.

Hubolds Restauration.
 Heute
Schlachtfest.
 Heute
Schlachtfest.
 Otto Lintzel, Clobigauerstr. 9.

Merseburg. — Reichstrone.

Sonntag den 25. April

Grosse Gala-Soiree

der berühmten Leipziger Humor-Sänger
 (à la Seidel-Sänger).

Wer lachen will, komme. **Nur Schläger auf Schläger.**

- 1. a. **Neu! Wenn Musik erklingt.** Verwandlungsszene.
- Neu! Seemannslied aus der Operette Geisha.** Humoristisches Gesangsstück. Zum Totlachen.
- Neu! Lehmanns Weisheit.** Humoristisches Gesangsstück. Zum Totlachen.
- Neu! Ein siegreicher Franzose von 1870/71.**
- Neu! Ein Gentesfest.** Zum Wälzen.
- Neu! Der Löwe kommt.** Gesangsstück. Größter Schläger usw.

Einlass 7 Uhr. **Anfang 8 Uhr.**
 Entree 50 Pf., im Vorverkauf 40 Pf. in den Cigarren-Geschäften der Herren
 Fuhs, H. Ritterstr. und Diebold, Dom.

Hausbesitzer.

Nachdem die Angelegenheit mit der Polizei-Verwaltung geregelt
 ist, wird in den nächsten Tagen ein Bote die Bedingungen zur Müll-
 abfuhr herumtragen und einen Vogen zur verbindlichen Einzeichnung
 als Teilnehmer vorlegen. Wir bitten wiederholt, recht zahlreich zu
 zeichnen, weil dies die Grundlage zu dem ganzen Unternehmen bildet.
Die Müllabfuhr-Kommission.

Concordia

Cölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Gegründet 1853.
 Grundkapital: 30 Millionen Mark.

Unverfallbarkeit. ♦ Weitpolice. ♦ Unanfechtbarkeit.

Nähere Auskunft erteilt kostenlos:
Vertreter: G. Brüggemann, Branßensstraße 7,
 und
Kaufmann Carl Herfurth.

Leibrenten
 und
Kapitalien
 auf den Lebensfall b. d. 1838 erricht. **Preussischen
 Renten-Versicherungs-Anstalt** in Berlin
Oeffentliche Versicherungsanstalt.
 Einkommensersparung, Altersver-
 sorgung, Kapitalversicherung für Studien,
 Militärdienst, Aussteuer. — Aufnahme ohne
 ärztliche Untersuchung. **Portofreier** Rentenbezug
 ohne Lebenszeugnis unter den von der Direktion
 zu erfordern Bedingungen. — Strengste Ver-
 schwiegenheit. Nähere **Auskunft, Tarife und Prospekte** kostenfrei bei
 Frau Ww. M. Witte geb. **Sitzner, Merseburg, Burgstr. 11.**

Theater

„Weisse Wand“
Merseburg.

- Dienstag und Freitag Bilderwechsel!
 Es sprach der Vater zu dem Sohne:
 Hast Liebe Du und Verstand
 Und willst Du weiter bilden Dich,
 Geh nach der „Weissen Wand“.
- Programm**
1. **Zwei Brüder der großen Armee.** Großes Drama.
 2. **Dank des Kindes.** Großes Drama.
 3. **Schönmann in der Westentasche.** Humoristisch.
 4. **Blumenkorso.** Punt.
 5. **Seltfame Entführung.** Hum.
 6. **Schwiegermutter hat sühes Leben.** Humoristisch.
 7. **Verwechelte Handtasche.** Hum.
- Verchiedene Einlagen.

Gasthof Corbetha.

Sonntag den 25. April ladet zur
Tanzmusik
 freundlichst ein **Wilh. Kirebner.**

Schlachtfest.

Sonnabend
Fr. A. Sommer, gr. Ritterstr. 1.
 zum Waschen u. Plätten
 wird angenommen.
Martha Kops, Hirtenstraße 3, 1 Tr.

Damenschneiderei

wird angenommen.
Frau Minna Glaser, Domprophet 2.
 14—16 jähriger

Arbeitsbursche

für dauernde Arbeit zu sofort gesucht.
Reitschneidfabrik Hallestr.

Tüchtigen Geschirrführer,

der in der Feldarbeit tüchtig ist, sucht
Friedrich Bohle.

Unabhängige Frauen und Mädchen

finden per sofort dauernde Beschäftigung.
Mühlfordt Söhne.

Dienstmädchen.

Suche zum 15. Mai oder 1. Juni ein
Frau Landesbauinspektor Vogt,
 Ballstraße 64.
 Ein **Requisitum** von den Vorgesetzten
 bis zur Freimarie vorzulegen. Abzu-
 geben gegen Bestätigung in der Größe d. Bl.
Hierzu eine Beilage.

Deutschland.

(Die „Deutsche Tageszeitung“) ist augenblicklich übel dran. Das schöne Planchen der Wähler, die nötigen Neichsteuern sämtlich aus anderer Leute Taschen zu bewilligen, für sich aber bei der Brauntweinsteuer logar noch einen Extraprofit herauszuschlagen, beginnt völlig zu Wasser zu werden. Selbst intime Freunde des Bundes der Landwirte, die sich von ihm bisher gebuldig am Seil halten ließen, machen sich jetzt von ihm frei, und schon hat ein freisinnigerer Politiker das Wort geprägt: Der Bund der Landwirte ist der nationale Feind. Kein Wunder, daß man in der Redaktion der „Deut. Tagesztg.“ über diesen Wandel der Dinge wieder erbittert ist. Natürlich ist an all dem Ungemach wieder der böse Feind in Schuld. In einem Artikel, der seiner ganzen Länge nach von dem Junker von Oldenburg verfaßt sein könnte, jammert die „Deutsche Tageszeitung“ ein Banges und Breites darüber, daß die nationale Zuverlässigkeit des Bundes der Landwirte verkannt wird, und die schwarzen Pläne der Freisinnigen so sehr reißereien. Was für Wüßwitzum in dem Ausfluß produziert wird, ersehe man aus folgendem Sage:

„Nicht aus innerer Notwendigkeit, sondern aus parteipolitischen Gründen verlangt der Freisinn eine Verrückung des Nachlasses oder der Erbschaftsteuer durch das Reich; als guter Redner weiß er sehr wohl, daß er mit dieser Verrückung zum Teil wieder einholen könnte, was er beim Zolltarif nicht erreichen konnte: eine wirtschaftliche Schwächung des gesamten Mittelstandes, insbesondere des ländlichen Grundbesitzes, der ihm und seinen roten Freunden die Bahn auf politischem Gebiete verlegt und sich der geplanten Demokratisierung unseres gesamten Staatswesens widersetzt.“

In Wahrheit ist es zwar gar nicht der Freisinn allein, der einen Ausbau der Erbschaftsteuer fordert. Die Regierung ist sich vielmehr mit der Mehrheit der Bevölkerung und der Parteien darüber einig. Aber das nur nebenbei! Jedemfalls ist es für den Freisinn eine Ehre, derartigen Angriffen seitens des bündlerischen Dramas ausgelegt zu sein. Damit beweist die „Deut. Tagesztg.“, daß der entschiedene Liberalismus der stärkste und unerschrockenste Verteidiger des Allgemeinen wohls gegenüber den egoistischen Sonderinteressen der Agrarier ist.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 21. April.) Der Reichstag nahm am Mittwoch noch geraume Zeit der Besprechung der bereits am Dienstag eingehend erörterten Petition, betreffend Aufhebung des § 13 des Zolltarifgesetzes. Obne das neue Gesichtspunkte die Debatte getragen wurden, potentiellere Redner verschiedener Parteien gegenmüand. Besonders ausgehoben und erwidert war eine Rede des Abg. Ulrich (Soz.), der sich jeden einzelnen seiner Vordröner vornahm und besang und breiten zu widerlegen suchte. Mit Entschiedenheit betonte Abg. Wasser mann (nl.) nochmals, daß die fiktitiven Öktrös fallen und dem Zolltarifgesetz Geltung verschafft werden müßte. Dann kam endlich die namentliche Abstimmung, die im erwiderten Majorität — 288 gegen 60 Stimmen — den Antrag der Kommission auf Abgang zur Tagesordnung annahm. Damit war der Antrag Wöhl auf Erörterung der Zeit zur Aufhebung des fiktitiven Öktrös gefallen. Der zweite Punkt der Tagesordnung, der polnische Antrag, betreffend Freiheit des Grundeigentumserwerbes, wurde debattelos erledigt, indem das Haus den Antrag in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten annahm. Schließlich wurde noch der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, betreffend Reform des Patentsgesetzes in der Richtung, daß das Urheberrecht der Angehörigen mehr geschützt würde, zur Beratung gestellt. Abg. Lattmann (Wirtsch. Vereinigung) begründete diesen Antrag seiner Partei eingehend; namens der Freisinnigen stimmte Abg. Dove (Freis. Vereinigung) dem Antrag zu, erklärte sich aber gegen die zu weitgehende Forderung, daß der Erfinder das Recht auf seine Erfindung nicht gegen Entgelt auf einen andern übertragen dürfe. Auch die Abgeordneten Junck (nl.), Raden (Ztr.) und Fran t (Soz.) stellten sich auf den Boden des Antrags, der schließlich einstimmig angenommen wurde. Am Donnerstag heißt der Antrag Wöhl, betreffend Änderung der Bestimmungen über Eingangsgebühren, auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 21. April.) Das Abgeordnetenhaus beriet am Mittwoch den Etat der Anstaltungskommission. Die Wirkungen des neuen Anstaltungsgesetzes wurden dabei von allen Rednern einer eingehenden Besprechung unterzogen. Auch die Haltung der Anstalter gegen den Bund der Landwirte nahmen einen breiten Raum in den Verhandlungen ein. Als erster Redner sprach der Pole Dr. Seyda, der sich nicht genug tun konnte in Klagen darüber, daß den Polen die Anstaltungserlaubnis überall zu Unrecht verweigert werde. In ähnlichen scharfen Worten äußerte sich der Sozialdemokrat Ströbel. Im Gegensatz zu diesen beiden Rednern ging der Abg. Wolff-Wissa von der Freisinnigen Vereinigung mit großer Sachlichkeit auf die Mißstände ein, die sich in der Provinz Polens infolge der Tätigkeit der Anstaltungskommission ergeben haben. Abg. Wolff-Wissa

schilderte insbesondere aus seiner Kenntnis der Verhältnisse heraus, in welcher unerhörten Weise die Anstalter durch die Beamten der Anstaltungskommission und der Regierung beunruhigt wurden. Er legte dar, wie durch die Verbindung der Anstaltungskommission mit dem Reichsverband der freien Kaufmannschaft dem Reich und wieder durch die Spannung des Genossenschaftswesens des deutschen Mittelstandes weiter geschädigt. Der freisinnige Redner zeigte, wie die Bestrebungen der Einzelner Anstaltervereine im Grunde nichts anderes seien, als der Ausdruck des Hasses und der Erbitterung über die schon sehr zahlreich unangenehm betriebene Beunruhigung der deutschen Anstalter. Im scharfen Gegensatz zu den Ausführungen all dieser Redner standen die Darlegungen des Nationalliberalen Glöckel, der mit Befriedigung eine gute Wirkung der Entzignungsvorlage glaubte feststellen zu können, und des Freisinnigen Dr. Wewo ldt, dem die unüberwindliche Aufgabe zuzufinden, die Forderung des Bundes der Landwirte auf Schaffung von Grundbesitz in den fiktitiven Provinzen gegen die Angriffe der deutschen Anstalter mit tüchigen Ausreden zu verteidigen. — Kaiser dem Etat der Anstaltungskommission stehen am Donnerstag Initiativentwürfe auf der Tagesordnung.

Der Seniorenonent des Reichstages trat am Mittwoch eine Viertelstunde vor der Plenarsitzung zusammen, um eine Verständigung über die Einteilung der Arbeit für das Plenum des Reichstages und für die Finanzkommission, insbesondere mit Rücksicht auf die möglichst rasche Erledigung der Finanzreform zu treffen. Von der Finanzkommission wurde gewünscht, ihr in jeder Woche die Tage vom Dienstag bis Donnerstag vollständig freizugeben. Jedoch entschied sich der Seniorenonent dahin, daß das Plenum auch am Mittwoch tagt. Sitzungsfrei für das Plenum wird also nur der Dienstag und Donnerstag bleiben. Die Finanzkommission wird keinen fiktitiven Tag haben, sondern am Dienstag und Donnerstag den ganzen Tag, an den anderen vier Tagen der Woche bis 2 Uhr tagen. Die Plenarsitzungen beginnen nach wie vor um 2 Uhr. Von den Gesetzentwürfen, die noch zur ersten Lesung stehen, bezw. in der Kommission für die zweite Lesung bereits fertiggestellt sind, sollen folgende demnächst zur Verhandlung kommen: in erster Lesung die Strafgesetznovelle, sodann in zweiter Lesung die Novellen zur Zivilprozessordnung, zum Bankgesetz, die Vorlage über die Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker, die Novelle zum Wettbewerbsgesetz. Die revidierte Berner Abereinunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst soll nicht vor dem 2. Mai beraten werden. Zwischen durch sollen Rechnungssachen und die sozialdemokratische Interpellation über die Rechtsverhältnisse der Arbeiterepensionskassen erledigt werden.

Die Verhandlungen in der Finanzkommission des Reichstages zeigten am Mittwoch eine bemerkenswerte allseitige Zustimmung über die im Lande künstlich erzeugte Steuerbegeisterung und Antipathie gegen den Reichstag. Fürst Bülow dürfte sich überzeugt haben, daß die Steuerkundgebung vom Dienstag kein besonders glücklicher Griff war, da der Aufmarsch der zahlreichen „unverantwortlichen“ Ratgeber den Reichstag verlegen mußte. Besonders hart wurde in der Kommission dem Geheimrat Professor Dr. von Halle zugeworfen, dem die Inzenerierung vieler der „patriotischen“ Rundgebungen der letzten Tage und Wochen nachgewiesen wurde. Staatssekretär Sydow ließ den Herrn schon halb und halb fallen, und seine rege Arbeit hinter den Kulissen dürfte damit wohl ein baldiges Ende finden. In weiten politischen Kreisen würde das Verschwinden des Dr. von Halle von der Regierungsbildung gern begrüßt werden. Vielleicht weint man ihm auch in den Regierungskantären keine Tränen nach.

Die Budgetkommission des Reichstages trat am Mittwoch noch einmal zusammen zur Feststellung der durch eine Subkommission redigierten Beschlüsse, die die Budgetkommission in ihrer letzten Sitzung vor Ostern über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer gefaßt hatte. Die Hauptbestimmung, wonach alle Kriegsveteranen, die über 60 Jahre alt sind und ein Gesamteinkommen von weniger als 600 Mk. im Jahre haben, auf ihren Antrag ohne weiteres die Beihilfen im Betrage von 120 Mk. jährlich erhalten sollen, Kriegsteilnehmer mit höherem Einkommen oder geringerem Lebensalter aber nur dann, wenn sie sich in unterhaltungsbedürftiger Lage befinden, schließt sich in der Fassung der Subkommission noch nicht alle Zweifel aus und wurde deshalb noch einmal an die Subkommission zurückerwiesen. Die übrigen Bestimmungen des Entwurfs wurden genehmigt. Über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes bemerkte der Unterstaatssekretär im Reichsfinanzamt, Tweste, daß die finanzielle Wirkung noch nicht zu übersehen sei. Das Kriegsministerium habe bedentlich hohe Zahlen angegeben, während das Reichsministerium noch erst Ermittlungen anstellen müsse. Reinesfalls könne man an ein Inkrafttreten der neuen Bestimmung denken, ehe die Finanzreform erledigt sei. Die Budgetkommission nahm dies zur

Kenntnis und ließ daher den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes einweilen frei.

— Aber die Anwendung des bedingten Strafausschusses bis Ende 1908 ist dem Reichstag eine zusammenfassende Statistikk zugegangen.

— Zu den Besetzungsorten des preußischen Landtages schlugen die Kommissionen des Herrenhauses auch noch mehrere Resolutionen vor. Wir erwähnen von ihnen folgende: 1. die königliche Staatsregierung zu ersuchen, mit Einführung der neuen Besetzungsordnung es allen an höheren Lehranstalten angestellten Lehrpersonen zur Pflicht zu machen, ohne besondere Vergütung so viele Unterrichtsstunden zu erteilen, wie es die betreffende Anstalt erfordert und die sogenannten besagten überdem abzuschließen; 2. das Herrenhaus stimmt dem von dem Abgeordnetenhaus, unter Zustimmung der königlichen Staatsregierung, angewandten System der Gleitschaltung der akademischen gebildeten höheren Beamten im Endguthalt aus grundsätzlichen Bedenken nicht zu. Aus der Annahme der vorliegenden Besetzungsordnung dürfen in dieser Richtung keine Folgerungen gezogen werden.

Provinz und Umgegend.

7. Zeit, 20. April. Was ein fiktitiver Salonwagenvermag. Die „Z.N.N.“ schreiben: Eine unliebsame Überraschung ward gestern abend in Weiskensfeld den Reisenden des Schnellzuges von Halle zuteil, der um 8.51 Uhr von Weiskensfeld nach Zeit-Gera weitergehen soll. Der Zug kam pünktlich an, fuhr aber nicht fahrplanmäßig nach Zeit weiter, sondern mußte warten, um einen fiktitigen Salonwagen aufzunehmen, der sich in dem von Thüringen kommenden D-Zug befand und weiter nach der Richtung Gera besördert werden sollte. Endlich kam der D-Zug Thüringen-Leipzig, fuhr den in Weiskensfeld fahrplanmäßig gar kein Aufenthalt vorgesehen ist, mit dem bewußten Salonwagen an, und es fand jetzt eine komplizierte Rangiererei statt, um den Zeiger Schnellzug vor den Salonwagen und das achtunggebietende fiktitige Hofgepäck in den Schnellzug zu bringen. Endlich legte sich das Schnellzüge mit einer Verspätung von 35 Minuten in Bewegung und langte, da unterwegs 5 Minuten „eingeholt“ werden konnten, mit einer Verspätung von 30 Minuten in Zeit an. Auf dem Bahnhof Weiskensfeld war natürlich die Erregung über diese Nichtsichtigkeit gar keine geringe. Wie erregende Publikum sehr groß. Die eigenen Reisenden auf Betragen von Eisenbahnbeamten mitgeteilt wurde, soll die Direktion in Eilfert telegraphisch angeordnet haben, daß der Zeiger Schnellzug von den Thüringern kommenden fiktitigen Salonwagen erwarten sollte.

Ein Mitglied ist es, daß die Ersterer Direktion die Schmeicheleien nicht anzuhören brauchte, die ihr wegen ihrer Vorfälle für den fiktitigen Salonwagen gestellt wurden. Es ist einfaß mehrer, daß wegen eines fiktitigen Salonwagens der ganze Schnellzugverkehr gestört und wichtige Anschlüsse, die der betr. Schnellzug vermittelt, verläumt werden. Wie man uns mitteilt, mußten einige Reisende, weil sie durch die Nichtsichtigkeit der Direktion den Abend nach Altenburg nicht erreichten, in Zeit übernachten. Wer bezahlt diesen Reisenden die Zeitverweilung und die Unbeachtlichkeiten? Etwa die Direktion? Das Nichtige wäre es, wenn die Reisenden, die getrieben abend durch die eigenmächtige Abänderung des Fahrplans zugunsten der pünktlichen Förderung eines fiktitigen Salonwagens Schaden erlitten haben, Ersatzsprüche gegen den Bahnfiskus geltend machen. Wir bezweifeln gar, entschließen, daß die Eisenbahndirektion das Recht hat, in dieser Weise vorzugehen — das moralische Recht dazu hat sie — auf keinen Fall.

7. Stendal, 21. April. Durch Hufschläge getötet wurde der 63jährige Ruffischer Michelmann. Er krech, um die Guttmittigkeit der seit 7 Jahren seiner Dohut unterstehenden und als fromm bekannten Tiere zu zeigen, unter eines der Pferde. Dieses schlug aus, und fügte ihm an Kopf, Brust und Rippen so schwere Verletzungen zu, daß der Vermunigte bald nach seiner Einlieferung im Johanniter-Krankenhaus starb.

7. Duedlinburg, 21. April. Am zweiten Osterfeiertage fuhr ein Automobil auf der Chaussee zwischen Duedlinburg und Welterhausen einen mit mehreren Personen besetzten Frachtwagen so heftig an, daß ein Rad des Wagens zerbrach und die Insassen aus dem Gefährt fielen. Die rücksichtslosen Automobilisten kümmerten sich jedoch nicht um den ihnen angerichteten Schaden und fuhrten ohne Aufenthalt weiter.

7. Sena, 21. April. Ritzlich feierte der Landwirt Trecht aus Bucha von der Jagd zurück und lebte sein geladenes (!) Jagdgewehr in eine Ecke der Küche. Ein Anrecht nahm das Gewehr und richtete im Scherz an Frau Trecht die Frage: „Soll ich schießen?“ Im nächsten Augenblick frauchte auch schon der Schuß und drang der Frau in den Oberarm, die Muskulatur desselben völlig zerfleischend

Als der Knecht das Unheil sah, das er angerichtet hatte, eilte er fort und wollte sich erhängen. Nur den vereinten Kräften der Nachbarn gelang es, den Bergwerkseisen von seinem Vorhaben abzubringen. Er sieht seine Strafe entgehen.

† Halle, 22. April. Die Getreidesirma Brandenstein u. Co. einigte sich mit sämtlichen Gläubigern, die mindestens 25 Proz. erhalten, so daß der Konkurs vermieden wurde. — In Nietleben kürzte die Schiene des Handelsmannes Friedrich Uhlendorf ein. Der entstandene Materialschaden ist bedeutend, weil erhebliche Vorräte unbrauchbar geworden sind. Menschen sind zum Glück nicht verletzt worden.

† Magdeburg, 22. April. Das königl. Polizeipräsidium hat den für den 1. Mai geplanten Arbeiterzug im Interesse der öffentlichen Sicherheit auch für dieses Jahr wieder verboten.

† Sena, 22. April. Der Ballon „Thüringen“, der am Sonntag vormittag 8 Uhr 32 Minuten mit vier Korbfahrern hier aufstieg und auf seinem Fluge nach Merseburg passierte, erreichte eine Höhe bis zu 3100 Metern und ist, wie bereits mitgeteilt, nachmittags 5 Uhr 15 Minuten bei Aunersdorf, 10 Kilometer westlich von Stotbus, glatt gelandet. Der Ballon hat in 8 Stunden 43 Minuten einen Weg von 220 Kilometern zurückgelegt.

† Sonneberg, 21. April. Die Adresse der thüringischen Staaten an den Reichstageskanzler in Sachen der Nachlasssteuer hat über 8000 Unterschriften gefunden. Die Adresse wurde von Prof. Dr. Anshütz, dem Sprecher der Adresskommission, persönlich dem Reichstageskanzler überreicht.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 22. April 1909.

** Herr Kaufmann Oskar Sonntag hat hier überbracht am Mittwoch früh eine Deputation des Ostbauvereins für Merseburg und Umgegend die ihm auf Antrag des Vereins und der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen vom Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten verliehene „Silberne Staatsmedaille“ mit der Inschrift „für landwirtschaftliche Leistungen“. Der Vereinsvorsitzende, Herr Tierarzt Stephan, hob in einer kurzen Ansprache hervor, daß es für den Verein eine Ehre sei, einem seiner Mitglieder diese hohe Auszeichnung vermittelt haben zu können; er hoffe, daß Herr Sonntag auch weiter seine reichen Erfahrungen in den Dienst der Förderung der Ostkultur stellen werde. — Diese Prämierung ist deshalb besonders bemerkenswert, weil dadurch auf neue der praktische Wert des Vaches und Formschabens behördlichseits anerkannt wird. Freizeits, bequeme Bekleidung von Schädlingen, leichte Abwertung und Schutz gegen Sturzschäden (da jeder Zweig angebunden ist), das sind Vorteile, die jeder Sachkundige ohne weiteres anerkennen muß. An weiteren Prämien wurden, wie noch erwähnt sein mag, in diesem Jahre in unserer Provinz vergeben: 1 silberne Staatsmedaille, 4 bronzenje Medaillen der Landwirtschaftskammer, 9 Diplome und 2 Geldpreise.

** Die gebildete Frau im Beruf, so lautete das Thema, über das am Mittwochabend im Deutsch-Evangelischen Frauenbund und Fr. v. Neben aus Hannover sprach. Die Rednerin führte etwa folgende Gedanken aus: Wir stehen jetzt an einem Wendepunkt der Frauenbewegung. Durch die Währungsreform, die am 1. April d. J. in Kraft getreten ist, ist den Frauen ein neues Gebiet im Berufsleben erschlossen. Welches sind nun diese Berufe? Der wissenschaftliche Beruf (Lehrerin, Erzieherin usw.) ist ja fast auf allen Gebieten schon jetzt vertreten. Nöherhing geht hierbei auf die Bedingungen der Vorbereitung zum Lehrerberuf näher ein. Die Ansichten für die gewerbliche Lehrerin sind sehr gute, doch erfordert die Ausbildung ziemlich erhebliche Kosten. Die Ansichten für die Haushaltungslöcherin sind nicht gut, da in Preußen auf diesem Gebiete eine Überfüllung herrscht. Was die sozialen Berufe betrifft, so ist auch hier zu hoffen, daß die Ansichten für die gebildete Frau gute werden. Auch im Handel und der Industrie hat sich der Frauenberuf neue Bahnen erschlossen. Ferner werden jetzt überall Landpflegerinnen angestellt, die die allgemeine Hygiene lehren, Handfertigkeitsunterricht, Krankenpflege usw. in ländlichen Bezirken ausüben. Interessant wird neuerdings auch der Anstellung von Polizeiaufführerinnen zugewand, da diese wie keine anderen berufen sind, in die Tiefen des Volksebens einzudringen und für Abhilfe Sorge zu tragen. Auch auf dem Innermissionsbetriebe und der Waisenpflege geht man allgemein dazu über, die bisherige freiwillige Ansässigkeit dieses Amtes in geordnete Verhältnisse bezw. Berufe zu bringen. Das Hauptgebiet der Frauenberufe bleibt aber die Krankenpflege. Durch Gründung von Oberinnen- und Krankenpflegerinnen Anstalten in vielen Städten unseres Vaterlandes hat man dem großen Bedürfnis bereits Rechnung getragen. Der Frauenberuf auf wissenschaftlichem (akademischem) Gebiete stellt hohe Anforderungen

und erfordert erhebliche Kosten. Nur Zahnärztinnen sind genügend vorhanden. Ärztinnen werden allgemein verlangt. Der juristische Beruf und der der Bibliothekarin ist sehr ungünstig und nicht zu empfehlen, ebenso der für wissenschaftliche Hilfskräfte. Gut sind neuerdings die Luftschiffen für Apothekerinnen. Neu ist der Beruf als Gärtnerin und bietet gute Aussichten. Wenn bewußt wird, ob die Frau auch ihrem Wesen nach all diesen Berufen gewachsen ist, so kann dieser Zweifel mit Recht nicht aufrecht erhalten werden. Die Frau ist sehr gut in der Lage, in diesen Berufen wirksam tätig zu sein; nur den mechanischen Berufen dürfte sie auf die Dauer nicht gewachsen sein. Im Handel ist der Frauenberuf am weitesten vorgeschritten; etwa 1/5 aller Angestellten sind bereits Frauen und diese sind als gleichwertig mit den Männern zu betrachten. Der Beruf als Telephonistin ist nicht als Frauenberuf zu bezeichnen, da er an die Rechenkraft der Frau sehr hohe Anforderungen stellt, denen sie nicht gewachsen ist. Große Ausdehnung hat der Frauenberuf auf hauswirtschaftlichem Gebiete, in Familie und Haus gewonnen. Hierbei gilt zu beachten, daß eine gute Ausbildung in der Wirtschaft Vorbedingung ist. Was ist nun bei der Wahl eines Berufes zu beachten? Vor allen Dingen ist Neigung, persönliche Teilnahme und die Kraft des Individuums zu berücksichtigen. Eine allgemeine gründliche Bildung hat der speziellen stets vorauszugeben. In der Hoffnung, daß der Vortrag dazu beigetragen habe, vielen Zuhörerinnen praktische Fingerzeige zu geben, schloß Fräulein von Neben ihre interessanten Darlegungen. Den Dank der überaus zahlreich besuchten Versammlung brachte darauf die stellv. Vorsitzende der Ortsgruppe, Frau Gräfin v. Haussenville zum Ausdruck. In der sich anschließenden Besprechung wurden an die Vortragende eine Reihe von Anfragen über die verschiedensten Berufe gerichtet, die von ihr in der erspöckstündigsten Weise beantwortet wurden. Interessant waren hierbei die Darlegungen des Herrn Sup. Prof. Vithorn, der nach seinen Erfahrungen den Beruf der Volksschullehrerin da nicht für zweckmäßig hielt, wo, wie in Merseburg, diese eine Zahl von 60, 65 und 70 Schülern zu unterrichten habe. Die Rednerin rechte sich vorzeitig auf; sie müsse erst lernen, ökonomischer mit ihren Kräften zu wirtschaften und Berufs-Angewisse mit Humor zu überwinden suchen. Redner machte sich darauf aufmerksam, daß die Kosten der Ausbildung in seinem Verhältnis zu den Einkünften in fast allen Frauenberufen stehen und dieser Zustand viele Eltern abhalte, den Mädchen einen Beruf erlernen zu lassen. Andererseits liege die Schuld meist an den Frauen selbst, die ihre Kräfte zu Hungerlöhnen verschleudern, um nur in Stellungen zu gelangen. Auf diesem Gebiete müsse der Bund seine Agitation einlehen und diesen Krebschaden im Frauenberufe beseitigen helfen. Die Vorsitzende verpflichtete diesen Ausführungen bei; der Bund gehe in der Lohnfrage bereits vor. Das bebauerliche Beweise den Frauen solche Hungerlöhne gezahlt werden, liege mit daran, daß der erforderliche Körpergeist fehle. Zum Schluß wiesen Fräulein von Neben und Frau Gräfin v. Haussenville auf die christlich-soziale Frauenschule in Hannover und die soziale Frauenschule in Berlin empfehlend hin, worauf der Vortragabend mit Dankworten geschlossen wurde.

** Am Mittwoch nachmittag wurde im unteren Saale des hiesigen Schlossgartenpavillons bei Horans politischem Beiräte von Mitgliedern und Gästen die diesjährige Generalversammlung der „Frauenhilfe der Altenburg“ abgehalten. Herr Pastor Delius eröffnete dieselbe im Auftrag des Vorstandes und begrüßte zunächst die zahlreiche Versammlung, insbesondere die Gäste, so namentlich die Vorsitzende sämtlicher Frauenhilfen in der Provinz, Frau Reglerungs-Präsidentin a. D., und die beiden Herren Vortragenden aus Magdeburg, und dankte ihnen für ihr Erscheinen. In seiner einleitenden Ansprache wies Herr Pastor Delius darauf hin, daß für den heutigen Abend auch seitens der örtlichen Fraueneinigung, dem „Evangelischen Frauenbund“, ein Vortragsabend veranstaltet sei, was leicht als eine Konturrenz zwischen den beiden Vereinigungen aufgefaßt werden könne, die aber durchaus nicht vorliege. Die „Frauenhilfe“ erwidert das Gebot ihre Tätigkeit ganz, besonders zur Abhilfe der inneren Notstände nur in der eigenen Gemeinde, während sich die Tätigkeit des wäterländischen Fraueneinigungs auf ein größeres Gebiet ausdehnen und besonders auf die äußeren Notstände gerichtet sei. Hierauf erkrankte die Vorsitzende der „Frauenhilfe in der Altenburg“, Frau v. W., in der Jahresberichts für das abgelaufene Geschäftsjahr. Nach demselben schloß die „Frauenhilfe“ ab und überließ gegen 174 im Vorjahr. Es wurden durch drei dazu angestellte Frauen außer der Pflege einiger Kranken die Hausaltungen von 20 Wöchnerinnen besorgt, und Kranke sowohl wie Wöchnerinnen längere Zeit durch die Mitglieder mit Milch und frischem Essen versorgt. Den unter der Fürsorge der „Frauenhilfe“ lebenden Mädchen gehörten 40 Mädchen an. Die unter fremdlicher Leitung zu ihren Schularbeiten und nächsten Handarbeiten angehalten, aber auch zu fröhlichen Spiel und Spaziergängen veranlaßt und mit Milchspeise zu ihrem Vesperbrot bewirtet werden. Dem Vorstande gebühren außer Herrn Pastor Delius sechs Damen an; er hat allmonatlich eine beratende Zusammenkunft, an jedem ersten Montag im Monat findet für alle Mitglieder ein zwangloses gemeinsames Besamensessen statt. Nach dem von der Schatzmeisterin der „Frauenhilfe“, Frau von Wöhrmann, geleitetem Bericht über den Stand der Vereinsverhältnisse betrug die Einnahmen des Vorjahres 247 Mk., die Ausgaben 270 Mk., so daß ein Bestand von 57 Mk. verblieb. — Von den

beiden Herren Vortragenden aus Magdeburg sprach zuerst der Generalagent der „Frauenhilfe“ in der Provinz, Herr Pastor Dr. Hoyer, demnachst Herr Pastor Delius, mit Superintendent in Stöber, in geistreicher, dabei aber leiser etwas zu häufig gesprochener Weise über „Frauenleben und Gemeinleben in der Gegenwart“. Der Vortragende führte in der Hauptsache aus, daß unser deutsch-evangelisches Gemeinleben der modernen allgemeinen Entwicklung entsprechend zur Zeit nicht auf der Höhe stehe. Die gleichgültig mit den Werten des Gemeinlebens bestehenden Mäde des Frauenlebens müßten dazu führen, daß die Frau dazu berufen sei, evangelisches Bewußtsein zu wecken und zu kräften und den fallenden und sinkenden Christenstand in die Hand zu geben. Bei dieser Arbeit vollziehe sich ganz unbewußt eine Verinnerlichung der Frau, durch die allein von ihr ein heilsamer Einfluß auf das Gemeinleben ausgeht werde. Die Frauen helfen so in bestimmten Werten der Gemeinde ihrem Vater, und es wird ihnen dabei selbst geholfen; und diese Hilfe wird im Zusammenfließen zu einer Vereinigung am besten erreicht. Der Vortragende schloß seine Ausführungen mit einem Wort des General-Superintendenten Jacob: „Wer der Herr lieb hat, dem gibt er etwas zu tun“ pp. Der zweite Vortragende, der an Stelle des Herrn Distriktspastors Hoyer als Vertreter der „Frauenhilfe“ in unsere Provinz berufen Herr Pastor J. H. Lauff, verbreitete sich in seinen Ausführungen in besonderer Weise mehr über das in der Gemeinde abgezogene Mittelalter der „Frauenhilfe“ gegenüber dem größeren des wäterländischen Fraueneinigungs, und wie beide Frauenvereinigungen ohne Konturrenz und Potem in friedlicher Weise nebeneinander in Segen wirken können. Er schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Wer andere glücklich macht, der wird glücklich“. Beiden Vortragenden wurde der wohlverdiente Dank durch Herrn Pastor Dr. Delius ausgesprochen. In der sich anschließenden Besprechung des Gebührens wurde seitens des Herrn Pastors Dr. Delius, so wie auch noch darauf hingewiesen, daß für die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenwirkens der „Frauenhilfe“ und des wäterländischen Fraueneinigungs der beste Beweis in Merseburg erbracht sei, und daran der Wunsch geknüpft, daß die hiesigen „Frauenhilfen“ weiter wachsen, blühen und gebelien möchten. Nach einer weiteren Bemerkung des Herrn Pastors Dr. Delius, daß die diesjährige Generalversammlung der Vertreter der „Frauenhilfen“ in der Monarchie am 7. und 8. Juni in Berlin (Gartenbauhaus) stattfinden werde, wurde die Versammlung geschlossen.

Als dem Merseburger u. benachbarten Frauen.

g. Köppen, 21. April. Die Suppe führte in diesen Tagen wieder starke Verunreinigungen mit sich. Graue, schmierige, algenartige Flocken, die auch zu Knäulen zusammengeballt waren, bedeckten einen großen Teil der oberen sichtbaren Wasserschicht; das Wasser selbst hatte eine schmutzgelbe Färbung. Der Fluß führt jetzt kaltes Wasser, so daß die Unreinigkeiten den Fischbestand keinen Schaden zugefügt haben. Die Unreinigkeiten sind durch schlechte Abflüsse oberhalb in den Fluß geraten, da dieselben auch bei Winter beobachtet wurden.

n. Köppen, 21. April. Das Projekt einer Eisenbahn Merseburg-Leipzig scheint der Verwirklichung noch fern zu sein, indem eine Berliner Gesellschaft eine Automobilverbindung zwischen beiden Städten ins Leben rufen wollte. Wie die Gemeinden an der Verbindungslinie und der Amtshauptmannschaft in Leipzig war dabei die Gesellschaft in Unterhandlung getreten. Geplant war, die Fahrten vorläufig auf ein Jahr auszudehnen, wofür die Gemeinden durch Zeichnung von Gelddarlehen eine gewisse Zinsgarantie bieten sollten. Von der Rentabilität sollte dann das weitere Unternehmen abhängen. Indessen scheinen die Gemeinden dem Projekt wenig sympatisch gegenüberzutreten, da in Folge in Gegenwart des Amtshauptmanns eine Versammlung reitaktlos verlief. Das Unternehmen scheint daher in Frage gestellt zu sein.

S. Mündendorf, 22. April. In den Streit traten am Montag eine große Anzahl Maurer, Zimmerleute und Bauhilfsarbeiter der Umgegend, so unter anderen in Nietleben, Blau, Hagerben, Westan, Kettin und Prachsig. Die Arbeitsunterbrechung geschah, weil sich die Unternehmer weigerten, eine Gehöhung des Stundenlohnes von 50 auf 55 Pfennige zu genehmigen.

m. Gröbers, 21. April. In den Kontorräumen eines hier wohlfahrigen Kaufmanns, der seinen Berufsgegenständen auswärts nachgeht, hielt sich eine junge, vier Fremde Dame verborgen, deren Aufenthalt jedoch von den Angestellten des Kontorbefizers entdeckt wurde. Als in dessen Vorbesitz zu einer Erkennung jener Dame geschritten wurde, trachtete ein Schuß, dem hinter ein zweites Logie. Die Fremde hatte sich erschossen. Ob es sich um eine Liebesstunde handelt, konnte noch nicht ermittelt werden, doch dürfte dies nicht ausgeschlossen sein. Die Bestattung kommt aus Delitzsch und ist gestern beerdigt worden.

S. Scheffels, 22. April. In der Zoten, die am Sonntag im hiesigen Walde erkängt aufgefunden wurde, ist das seit 17. April vermisste, beim Organisten Wihner in Leipzig Gottes bedienstete gewesene Dienstmädchen Theresie Staeck, gebürtig aus Altstädt (Kreis Sonnenhausen), ermittelt worden. Die Lebensmittele hatte heimlich von ihrer Dienstfahrgast entnommen. Liebesstummer soll das Motiv zur Tat gewesen sein.

Als vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Vor 100 Jahren, am 22. April 1809, erfocht Napoleon im Kriege gegen die Österreicher bereits einen sehr wichtigen Sieg bei dem Orte Eggmühl, wo sich der französische General Durosoir zu ausgeschiede, daß er von Napoleon zum Fürsten von Eggmühl ernannt wurde. Der Österreicherse General Baron Koll war auf die Österreicherische Seite bei Eggmühl zu antworten und die Österreicher müßten auch Regensburg räumen und sich auf die linke Seite der Donau zurückziehen. Immerhin hatten die Österreicher nur 2800 Mann fast gegen 6500 Franzosen mit großer Wrauen geschlagen.

Weiterwart.

23. April: Ziemlich kühl, zeitweilse heiter, vielwach wolke, stellenweise geringe Niederschläge. — 24. April: Teils heiter, teils wolke, vormiegend trocken, nachts sehr kühl, am Tage etwas wärmer.

Vermischtes.

* (Dauerfahrt des „Militärnachrichters“) Die angeblinbte vierstündige Dauerfahrt des

Jeder Hut,

welcher bei mir gekauft oder umgearbeitet ist, ist kleidsam und doch billig.

Damenputz
B. Pulvermacher,
kl. Ritterstrasse 12.

Bekanntmachung.

Das Abblättern von Schutt, Mist und Asche hat bis auf weiteres nicht mehr auf dem hässlichen Schuttstößeplatz an der Keimertstraße, sondern auf dem Seminargrundstück an der Friedrichstraße zu erfolgen. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Straßenpolizeiordnung bestraft. Merseburg, den 20. April 1909.
Die Polizeiverwaltung.

Auktion.

Am Sonnabend den 24. d. M. von vormittags 9 Uhr an werde ich im Restaurant „Zur guten Quelle“, Sanktstraße 14
1 Sopha, 3 Sessel, 1 Waschtisch, 1 Kinderbettstelle, 1 breites Doppelschrank, 1 große Fruchtpresse, 1 Brotschneidemaschine, 1 hölzerne und 1 eiserne Bettstelle mit Matratze, 1 Kinderstühlchen zum Umklappen, 2 Armlenker, Bilderrahmen, Kleidungsstücke, Wäsche, Haus- und Wirtschaftsgüter, ferner: 4 gr. Musikfontänen, darunter 1 Polyphon mit selbsttätigen Notenwechsel, sämtlich wenig gespielt, gut funktionierend, für Gastwirtschaften passend, sowie 10 Flaschen Medizinalkognak
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.
Merseburg, den 21. April 1909.

Fried. M. Kunth.

I. Etage im ganzen oder geteilt 1. Juli zu beziehen
Clabingerstraße 19.

Eine Wohnung zu vermieten
II. Sanktstraße 18.

Seiffnerstrasse 5

ist die Barriere-Wohnung, 3 Stuben, 2 Kammern, Küche und Zubehör, versehen mit allem Komfort zum 1. Juli zu vermieten. Preisermäßigung nachmittags von 2-5 Uhr.

Wohnung, bestehend aus 2 Stuben, 3 Kammern, Küche nebst Zubehör, zu vermieten und 1. Oktober 1909 zu beziehen. Auf Wunsch mit Garten.
Neumarkt 67.

Familien-Wohnung

von päpstlichen Leuten im Preise von 210-300 Mark zum 1. Juli gesucht. Off. unter **G H** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Eine Wohnung,

bestehend aus 2-3 Stuben nebst Zubehör, hier oder in Meibersheim, Döbenua, Köpchen, Frankleben oder Reiplich zu sofort oder 1. Juli zu vermieten gesucht. Off. unter **F W 100** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbl. Stube u. Kammer

gesucht. Offerten mit Preis unter **M** an die Exped. d. Bl.

Gut möbliertes Zimmer

zu vermieten **Brückstr. 8, pt.**

Möbliertes Zimmer

zu vermieten **Sanktstraße 15, Hof.**

Eine Wäscherolle

steht zur gefälligen Benutzung
Oelgrube 13.

Sport-

n. Kinderhüte
größte Auswahl.

Stannend billig.

B. Pulvermacher,
kl. Ritterstr. 12.



Pilo ist überall zu haben

Rheumatismus

Flexion, Sticht, Nervenschmerzen, Erschlaffungs-Krankheiten Gute Heilerfolge.

Moorbäder, aus Mooreerde bereitet.

Massage, staatl. gepr. fachm. Behandlung

Russ.-ir.-röm. Bäder (Dampfbäder).

Dampf- und Warmbad, Keimertstraße 10.

Freundlich. Schlafstelle

offen **Sargstraße 17.**

15-1800 Mark auf neuverbautes Wohnhaus gesucht. Off. unter **„Wohnhaus“** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Einfaches Vertikow

zu kaufen gesucht. Angebote unt. **„Vertikow“** an die Exped. d. Bl. erbeten.

2 erstklassige Wiesen

von 8 Morgen in Colledaer und Neuhäuser Flur billig zu verkaufen Möbeler durch **Fried. M. Kunth** in Merseburg.

Gelegenheitskauf!

1 Salon, Alt-Mahagoni, bestehend aus: 1 Sopha mit Spiegelbau, 2 Fauteuils, 1 Glaschrank, 1 Schreibtisch, 1 Tisch, 4 Stühle, 1 Zehndisch, 2/4 Uhr, 2 komplette Fenster-Dekorationen billig abzugeben. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Wohn- und Esszimmer

in Eiche, dunkel gehalten, und 1 Schlafzimmer und Küche unter günstigen Bedingungen zu verk. Off. unter **„Wohn- u. Esszimmer“** an die Exped. d. Bl.

Ein Backofenrost

und eine Dezimalwaage zu verkaufen **Garstr. 8.**

Ein großer Bogeltisch

mit Zinnober zu verkaufen **Brückstr. 3 11**

Bruchsteine,

neue, billig **Sargstraße 18.**

Soliden Familien

kleidet **auch nach Merseburg**

sämtliche Wäscheartikel, Gardinen, Kleiderstoffe, Blusen, Bekleidungsgegenstände, Kinderkleider, Frauenanzüge, Staubmäntel, Jacken, Mantel etc. in nur reeller Ware auch auf Teilzahlung

bei bequemer An- und Abzahlung **Friedrich Gronau, Halle a. S.,** Parfängerstraße 16, Wäscheabteil und Versand Geschäft.

Entzückend

weg hart und blinderweis wird die Haut nach kurz Gebrauch der allein echten **„Eitenmilchseife „Südflora“**

(von vielen Ärzten u. Prof. empfohlen) von **Bergmann & Co. Vert. u. 60 Pf. pr. Stk. Stadt-Apotheke, Dom Apotheke und Dr. Wirth. Seifenfabrik.**

Sonst. garantiert reines Naturprodukt aus der Zückerlei von Heinrich Vogler, Burgbesler, empfiehlt a. **Wid. Richard Kupper,** Central-Drogerie u. Richard Kupper, Merseburg, Markt 17.

Responsible Redaktion: Wind und Verlag von Th. Köhner, Merseburg.

Gürtel und Rüschen
in unendlicher Auswahl
überraschend billig.
B. Pulvermacher,
kl. Ritterstr. 12.

Kopfläuse

beseitigt über Nacht Haarleumet. Es reinigt gründlich die Kopfhaut, beseitigt die lästigen Schuppen und befördert die Wachstums. a. Flasche 60 Pf.
Central-Drogerie **Richard Kupper.**



Wein
Städtissement ist bekannt! als beste Bezugsquelle für alle **Kindernahrungsmittel.**

Stets frisch, da großer Absatz **Schweizermilch** (Milchmädchen) 50 Pf.
Wid. Kupper, Central-Drogerie, Markt 17.

Metallputz
Putzin
ist beste der **Flüssige**
Fritz Schulz jun. Akt. Ges.
Leipzig.

Ziehung 8., 10. und 11. Mai 1909
Geld-Lotterie
Besten des Vereins „Herzog Ernst-Bader“ zu Altenburg
3333 Gewinne zus. Mk.
45000 1 Hauptgewinn Mark
20000- bar ohne Abzug
5000
2 à 1000 2000
4 à 500 2000
5 à 200 1000
20 à 100 2000
100 à 20 2000
200 à 10 2000
3000 à 3 9000
Im Ganzen **45000** Mark
Lose 1 Mk. 11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 25 Pf. extra voran den General-Debit
Gustav Seiffert
Lotteriebanc G. m. b. H.
Eisenach
sowie die durch Plakate & sonstige Verkaufsstellen.

Ein Posten
Schmuckwaren
um damit zu räumen zu jedem annehmbarem Preise.
B. Pulvermacher,
kl. Ritterstrasse 12.

Gefegten Sand sowie Kies

gibt ab. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Dampf- und Warmbade-

ankalt Keimertstraße 10 ist wieder geöffnet

Frischen grünen Salat

empfiehlt **Otto Schönbürgs Gärtnerei.**

Getriebene Apfelsinen

hat mehr abzugeben **Arthur Weigert, Neumarkt 46.**

Apfelsinen,

hochseine frische Sendung, verkauft billig **Frau Hartung,** Sanktstraße 74, 2 Tr.

Pinsel,

Farben, Lacke, Firnisse, Schablonen, neueste Muster in unerreichter Auswahl kaufen Sie am besten in der **Central-Drogerie, Markt 17.**

Schluss

der **Anzeigen-Annahme** für den „Correspondent“ **9 Uhr vormittags.**

Zu Interesse der Auftraggeber bitten wir um gefl. Beachtung dieser Schlusszeit.

Größere Anzeigen wollen man am Tage vorher aufgeben

Gleichzeitig teilen wir mit, dass die Expedition von **abends 7 Uhr ab geschlossen** ist.

Expedition des „Merseburger Correspondent“.

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
A. Abholung u. unsere Postabnehmer; B. Zustellung ins Haus u. unsere Postämter. Einmal u. auf dem Banke anhebend; durch d. Post 1,20 RM. außer 42 Pf. Postgeb. —
Umgekehrter 5 Pf. u. auswärts mit Postgebühren. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 Mal
am u. d. Wochentagen nachmittags. — Nachdruck unserer Originalmitteilungen nur mit
ausdrücklicher Genehmigung. — Für Rückgabe unangelegter Einsendungen keine Verantwortlichkeit.
Druckausgabe gestattet. — Für Rückgabe unangelegter Einsendungen keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
essig. Illust. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. Landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Wagenpreis für die eins. Weltreise über Berlin, Stettin, Danzig u. St. Petersburg
30 Pf. Bei komplizierteren Touren entsprechende Aufschlag. Gebühr für Getränke
nach Uebereinkunft. Für Rückfahrten und Stützpunktsaufenthalte besondere Berechnung.
nach auswärts mit Postgebühren. Einzahlungsort Merseburg.
1907. Reisebüreau für gutere Geschäftsverhältnisse nur am Tage vorher, kleinere
Anfragen bis spätestens 9 Uhr, Familienangelegenheiten bis 10 Uhr vormittags. 1907

Nr. 94.

Freitag den 23. April 1909.

35. Jahrg.

Reichskanzler Fürst von Bülow über die Reichsfinanzreform.

In der Angelegenheit der Reichsfinanzreform empfangend der Reichskanzler Fürst von Bülow am Dienstag abend 6 Uhr im Kongresssaal des Reichstagsgebäudes Deputationen aus Bayern, Sachsen, Baden, Württemberg und Thüringen, sowie des Bundes der Industriellen. Am dem Empfang nahmen die Staatssekretäre von Vethmann-Hollweg und Sydow, sowie die Bevollmächtigten zum Bundesrat der durch Deputationen vertretenen Staaten teil. Die Sprecher der Deputationen und ihre Mitglieder wurden durch den Unterstaatssekretär v. Loebell dem Reichskanzler einzeln vorgestellt. Hierauf hielt der Vertreter von Bayern, Unterstaatssekretär v. Mayr, die erste Ansprache. Ihm folgte der Vertreter von Sachsen, Prof. Wuttke, dann Graf Linden für Württemberg, Geheimrat Engler für Baden, Professor Anschütz für Thüringen und Geheimrat Wirth für den Bund der Industriellen. Der Sprecher der Bayerischen Deputation, Unterstaatssekretär v. Mayr, wies darauf hin, daß die Unterzeichner des Aufrufs, den er dem Reichskanzler überreichte, durch die Not des Augenblicks in patriotischem Empfinden und Pflichtgefühl zusammengeführt worden seien. Die Anerkennung der Staatsnotwendigkeiten für das Reich erfordere gebieterisch die Ordnung der Finanzen nach den Grundgesetzen der Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit. Der einzig gangbare Weg sei die ausgiebige Verminderung der Verbrauchsbesteuerung, insbesondere der alkoholistischen Getränke und des Tabaks, und gleichzeitig eine besondere ausgiebige Besteuerung der Besitzenden mittels der Erbschaftsbesteuerung. Der Redner gab dem Vertrauen Ausdruck, daß die Gesetzgebenden Körperschaften sich baldigst auf diesem Boden einigen möchten zum Heile des deutschen Reiches und des deutschen Volkes.

Professor Wuttke, der Sprecher der sächsischen Deputation, führte in seiner Ansprache aus: „Das sächsische Volk ist bereit, schwere Opfer für das Reich zu bringen. Die sächsische nationale Arbeiterchaft will die neuen indirekten Steuern tragen, die beizubehalten, treten fast ohne Ausnahme für die Erbschaftsbesteuerung ein. Zum Reichskanzler hegen wir das Vertrauen, daß die finanzielle Selbstständigkeit der Bundesstaaten gewahrt bleiben wird, ferner daß die Reichsregierung nicht eher nachgeben wird, als bis ihr die notwendigen Mittel bewilligt worden sind.“

Als Sprecher für den Bund der Industriellen



wissen dem Einwirken solcher Unflotten entgegensteht, und ich fühle mich dadurch in meinem Vertrauen in den guten Geist des deutschen Volkes, der auch in dieser die Zukunft unseres Vaterlandes so tief angehenden Frage nicht vergeblich angeregt werden wird, nur bestärkt.

Mit Recht drängen Sie, m. H., auf eine rasche und gründliche Erledigung der Reichsfinanzreform. Es ist der einmütige Wille der verbündeten Regierungen, die Lösung der Frage noch in dieser Session des Parlaments herbeizuführen. Der Reichstag wird nicht auseinandergehen, bevor er endgültig zur Finanzreform Stellung genommen hat.

Wie soll sich die Reform im einzelnen gestalten? Nachdem sich leider ergeben hat, daß sich die Besteuerung von Gas, Elektrizität und Zinrenten keine Mehrheit zu erlangen ist, so werden die verbündeten Regierungen diese Vorlagen fallen lassen müssen. Ich bin heute noch nicht in der Lage, über die Ersatzvorlagen bestimmte Mitteilungen zu machen; ich habe aber dahin gewirkt, daß sich die verbündeten Regierungen in den allerhöchsten Tagen über ihre Stellung zu beschließen werden. An den leitenden Gelehrten und den Hauptpflichtigen des großen Wertes hatten die Regierungen fest. Gewiß war es ein Fehler, den Vorschlag der Regierungen betr. den Zwischenshandel des Reiches mit Branntwein von vornherein abzulehnen; man hätte durch das Staatsmonopol 100 Millionen am schonendsten aufbringen und allen Interessen gerecht werden können. Was den Ausbau der Erbschaftsteuer betrifft, so gebe ich die Hoffnung noch nicht auf, daß auch die Landwirte sich mit der Ausdehnung der Erbschaftsteuer abfinden werden. Auf der Nachschaffener werden die verbündeten Regierungen nicht bestehen. Da aber der Weg nach fast allgemeiner Übereinstimmung in Höhe des aus der Nachschaffener veranschlagten Ertrages an den neuen Steuern bestellt sein muß und eine andere Beststeuer bessere Aussicht zur Annahme zeigt nicht hat, so müssen wir an die Ausdehnung der Abgaben auf die nächsten Verwandten in der Form einer Erbanfallsteuer festhalten. Auch der Landwirtschaft nahegehende Materien geben so zu, daß die vorgeschlagenen Sätze ertragen werden können. Werden doch zwei Drittel bis drei Viertel der deutschen Landwirtschaft von der Steuer überhaupt nicht betroffen. Nach reichlicher Ermüdung kann ich von der Aufassung nicht abgehen, daß die erweiterte Erbschaftsteuer ein Opfer an konventionellen Grundgesetzen nicht involviert. Ich begreife es, daß große Teile der konservativen Partei zu derselben Aufassung gelangt sind. Daß das hier um 100 Millionen mehr bringen muß, darüber ist man allgemein einig. Und was den Tabak anbetrifft, so wird man dabei bleiben müssen, den wohlhabenden Raucher höher zu belasten als den unwohlhabenden und der Staatskasse einen Beitrag von 75—80 Millionen mit Sicherheit zufließen. Bezüglich reinlicher Erhebung zwischen Reichs- und Bundesstaatsfinanzen stimme ich mit Ihnen durchaus überein. Die Entwidlung geht in der Richtung einer Erhebung der Einnahmequellen des Reiches von denen der Einzelstaaten, nicht in wechselseitigem Über- und Zurückergreifen. Das sogenannte Beststeuerkompromiß ist von Anfang an nichts als eine Nothilfe gewesen. Die verbündeten Regierungen werden die Einzelstaaten nur bis zur Grenze von 30 Millionen, d. h. mit 25 Millionen mehr als bisher, in der Höhe der Matrularbeiträge an den Gesamtbeitrag beteiligen.

Ich erwarte also, am kurz zusammenzufassen, von der Reform folgendes: Sie soll aufbringen 500 Millionen. Sie soll diese Summe, abgesehen von 25 Millionen neuer Matrularbeiträge, aufbringen in der Form reichselgerner Einnahmen, und zwar, wenn die Tabaksteuer in der verbesserten Form bestehen bleibt, mit 350 bis 380 Millionen von Konsum und mit 90 bis 100 Millionen vom Besitz. Von den Konsumsteuern sollen Branntwein, Bier und Tabak rund 280 Millionen bringen und weitere 70 bis 80 Millionen durch die sogen. Erbschaftsteuern, über die sich der Bundesrat dieser Tage schlüssig machen wird, aufgebracht werden. Die Nachschaffener wird in eine Erbanfallsteuer umgewandelt. Durchzuführen ist das Werk noch in dieser Tagung.

M. H., daß heute die Reichsfinanzreform als nationale Aufgabe nicht nur allgemein anerkannt, sondern daß sie populärer geworden ist, dafür sind Sie lebendige Zeugen. Jeder Tag der Verzögerung bedeutet eine Vermehrung unserer Schulden, einen Verlust an Einnahmen, eine Erhöhung der Schwierigkeiten, eine Einbuße an Reputation. Die Arbeit wird den Mitgliedern des Reichstags erleichtert werden, wenn ihnen aus den verschiedenen Kreisen der Bevölkerung die Versicherung entgegenkommt, daß sie bei ihrer Pflichterfüllung auf die Vereinfachung der Öffentlichkeit rechnen können. Indem Sie, m. H., dies hier und in dieser Stunde mit Würde und Bestimmtheit zum Ausdruck brachten, haben Sie sich für das große Werk und um das große Vaterland ein Verdienst erworben und sind jenes Dankes fähig.“

Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden von allen Anwesenden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen und vielfach durch Beifall unterbrochen. Der Hinweis darauf, daß die Finanzreform noch in dieser Tagung erledigt werden müsse, wurde mit besonderer Gemüthlichkeit begrüßt. Ebenso fanden die Ausführungen des Fürsten über die Erbanfall-

steuer volle Zustimmung. Zum Schluß ertönten laute Bravorufe. Der Reichskanzler unterließ sich dann mit den Abgeordneten, die er sich nochmals einzeln vorstellen ließ. In dem an den Kongresssaal anschließenden Bismarckzimmer wurden Erfrischungen gereicht.

Die „L. C.“ bemerkt zu den Äußerungen des Reichskanzlers: Der Zweck der Rede ist, daß deutsche Volk aufzurufen gegen den deutschen Reichstag. Diefem gegenüber stellt sich Fürst Bülow als den wahren, erleuchteten Patrioten und Vertreter des Volkswillens hin. Aber muß das deutsche Volk nicht fragen, wie Deutschland in die schlechte Finanzlage hineingekommen ist, warum, nachdem vor wenigen Jahren erst über 100 Millionen neue Steuern bewilligt waren, nun noch 500 nötig sind? Die Antwort lautet: Weil Fürst Bülow eine Wirtschaftspolitik und eine Finanzwirtschaft betrieben hat, die zu solchem Resultat führen mußte. Er hat die ungeheure Erhöhung der Schatzkasselle durchgeföhrt, die die Nation schwer bedrückte, zu einer ungeheuerlichen Verteuerung der Lebenshaltung geführt, große Erhöhung aller Gehälter, Verminderung der Einnahmen der Staatsbetriebe, Erhöhung aller Staatsausgaben bewirkt und mindestens ebensowenig an Steuern, wie in die Reichskasse, in die Taschen von Großlandwirten und Großindustriellen geteilt und dadurch die Steuerkraft für das Reich tief herabgedrückt hat.

Und darf das deutsche Volk nicht weiter fragen, welche Sicherheit es hat, daß die ihm zugemuteten Opfer genügen, daß nicht in wenigen Jahren von neuem „reformiert“ werden muß? Die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die das Elend herbeigeföhrt hat, bleibt ja bestehen. Handeln diejenigen Volksvertreter nicht recht, die bei solcher Sachlage die ihnen gemachten Vorlagen gründlich prüfen, die sich nicht genügt zeigen, während der großen Menge die schweren Lasten aufgelegt werden, die Besitzenden freizulassen und ihnen längst unentgeltlich gewordene Vorrechte zu erhalten?

Will Fürst Bülow die Finanzreform fördern, so möge er dafür sorgen, daß seine alten Freunde nicht ihre Sonderinteressen bei Erbschafts- und Branntweinbesteuerung für ihre Daltung entscheidend sein lassen. Und wenn Fürst Bülow das Branntweinmonopol empfiehlt, weil es die Liebesgaben besteuert, so überseher er, daß es nur eine andere Form für die Aufrechterhaltung der Brämereiprivilegien wählt. Die Zurückweisung agrarischer Begünstigungen auch seitens der Regierung ist die notwendige Voraussetzung für das Zustandekommen einer Finanzreform. Das ist die Forderung, die das deutsche Volk an den Reichskanzler zu stellen hat.

Rundgebungen zur Reichsfinanzreform.

In Greifswald nahm die von liberaler Seite einberufene „nationale Rundgebung“ zugunsten der Nachschaffener, deren Aufündigung bekanntlich die amtliche „Greifswalder Zeitung“, aus prinzipiellen Gründen“ abgelehnt hatte, einen äußerst wirkungsvollen Verlauf. Gustav Meißner, Dr. Wendorf-Loig und Pastor Heyn-Greifswald sprachen unter stürmischem Beifall der großen Versammlung. Insbesondere appellierte sie an die Opferwilligkeit und das „noblesse oblige“ der Großgrundbesitzer. Ein Freiliberale bekante sich in der Diskussion als Anhänger der Nachschaffener. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Heute in Greifswald zahlreich versammelte Männer und Frauen verschiedener politischer Parteien erachteten es für eine sittliche und nationale Pflicht des Besten, in angemessener Weise bei der Neuordnung der Reichsfinanzen zu den Reichskassen beizutragen. Sie erwarten von der Mehrheit des Reichstages, daß sie ohne Rücksicht auf die egoistische Interessenpolitik des Bundes der Landwirte den Besitz zur Erfüllung dieser Pflicht auf dem Wege direkter Reichssteuern (Nachschaffener u. f. f.) anhalten wird.“